

EINWOHNERRAT**Protokoll**

der 27. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 19. Oktober 2022
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.05 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Henry Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt (entschuldigt)

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Henry Vogt, Lea van der Merwe, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 38 Anwesende = 26
18.20 Uhr 39 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 9.2.2022, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 23.5.2022, betreffend **Mutation 2017 zur Quartierplanung «Rankacker 2001»**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4575 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 26.1.2022, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 29.8.2022, betreffend **Beantwortung der Motion «Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport» und Beantwortung des Postulats «Support für Gemeinschaftsbildung (in der Zivilgesellschaft)»**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4377 / A / B
Geschäft 4348 / A / B

3. Bericht des Gemeinderates vom 21.9.2022, zum Postulat von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021 betreffend **Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz**, sowie zur Motion von Miriam Schaub, Grüne, Christoph Ruckstuhl, EVP, Pascale Uccella, AVP, Florian Spiegel, SVP, und Etienne Winter, SP, vom 6.4.2022 betreffend **Wiederaufnahme Umgestaltung Lindenplatz**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4596 / A
Geschäft 4610 / A

4. Interpellation von Matthias Häuptli, GLP, vom 11.5.2022, betreffend **Fragen zur «Spange Oberwilerstrasse»**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4614 / A

5. Interpellation von Melina Schellenberg und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 9.6.2022, betreffend **Rettungsbox für Kleinkinder**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4617 / A

6. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 1.6.2022, betreffend **Immer noch mehr Nachtfluglärm über Allschwil?**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4616 / A

7. Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 12.6.2022, betreffend **Räumlichkeiten Fachstelle Versorgungsregion Alter**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4619 / A

8. Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 12.6.2022, betreffend **Entwicklung Altersstrategie und Alterskonzept Gemeinde Allschwil und der Versorgungsregion Allschwil Binningen Schönenbuch**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4620 / A

9. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 29.3.2022, betreffend **Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil III**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4607

10. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 29.3.2022, betreffend **Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil IV**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4608

11. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 29.3.2022, betreffend **Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil V**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4609

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rüeeggsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 26 vom 19. Oktober 2022

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Henry Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]]

Henry Vogt, Präsident: Guten Abend miteinander. Ich begrüsse euch zur heutigen Oktobersitzung. Betreffend Mikrofon, wie ihr schon gesehen habt, werden wir es in erster Linie wieder mit den Tischmikrofonen, Funkmikrofonen versuchen. Wir werden schauen, wie es funktioniert. Falls es nicht klappt, werden wir sofort abbrechen. Ihr seht in der Mitte zwei Standmikrofone stehen, die verkabelt sind und entsprechend würden wir die Sitzung dann auf diese Weise weiterführen, damit wir keine Verzögerungen haben. Beim Gemeinderat ist ebenfalls ein Mikrofon vorhanden, entsprechend können alle die Gelegenheit nutzen und sich äussern. Was wir nach der Pandemie der letzten zwei Jahre wieder tun, ist natürlich, dass wenn ein Kommissionspräsident etwas zu sagen hat, er nach vorn auf die Bühne kommt, so wie es vor Corona war.

Euch ist vielleicht aufgefallen, dass ihr heute nicht so viel Papier auf dem Tisch habt. Wir haben im Büro entschieden, dass wir nur noch die dringlichen Vorstösse auf die Tische legen. Die anderen Vorstösse werden neu per Visualizer gezeigt und jeweils am Donnerstag nach der Einwohnerratssitzung gesammelt und allen Einwohnerratsmitgliedern per E-Mail als PDF zugesandt. Allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, die das gerne in Papierform hätten, werden wir es selbstverständlich wie immer beim nächsten Aussand mitschicken.

Wie jedes Mal auch dieses Mal bitte den Saal, wenn wir fertig sind, zügig verlassen und sich ins Foyer begeben. Dort darf natürlich weiter diskutiert werden. So kann der Hauswart den Saal abschliessen und muss nicht auf uns warten.

Der Finanzplan und das Budget wurden verschickt. Wenn ihr Budgetanträge einreichen wollt, dann das bitte bis spätestens Mittwoch, 9. November 22. Die Angaben findet ihr auch auf dem Flyer, der mitgesandt wurde.

Dringliche Interpellationen, Postulate oder Motionen haben wir keine. Also kommen wir zur Anwesenheitskontrolle. Danke schön.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 9.2.2022, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 23.5.2022, betreffend Mutation 2017 zur Quartierplanung «Rankacker 2001», 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4575 / A

Henry Vogt, Präsident: Ich frage euch an: Liegen neue Aspekte vor? Keine, somit kommen wir zur zweiten Lesung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zuvor doch gehört, dass Vorstösse, die eingegangen sind, kurz aufgelegt werden. Dazu könnte ich unter Umständen auch Stellung nehmen? Oder habe ich das zuvor missverstanden?

Henry Vogt, Präsident: Nein, du hast das nicht missverstanden. Ich habe es hier übersprungen. Es tut mir leid. Kommen wir noch einmal zurück zu den **übrigen Vorstössen**, die da sind:

- Einwohnerratsgeschäft 4642, Postulat betreffend Leitbild Wald - Umsetzung in der Gemeinde Allschwil, von Basil Wagner, SP-Fraktion
- Geschäft 4643, kleine Anfrage der SP, Fitness für alle
- Geschäft 4644, Interpellation der SP, Aufwand beim Einsatz von Ordnungsorganen bei Nachtruhestörungen

Niemand will etwas dazu sagen? Okay. Das sind also diese drei Vorstösse, die eingegangen sind.

Beginnen wir nun also mit **Traktandum 1**, Mutation 2017 zur Quartierplanung «Rankacker 2001». Ich frage noch einmal: Liegen neue Aspekte vor? Keine. Somit kommen wir jetzt zur 2. Lesung. Bitte.

QUARTIERPLAN-REGLEMENT

1. Erlass Seite 1

keine Wortmeldungen

2. Bestandteile und rechtliche Wirkung Seite 1

keine Wortmeldungen

3. Geltungsbereich Seite 2

keine Wortmeldungen

4. Inhalt der Quartierplan-Vorschriften Seite 2

keine Wortmeldungen

5. Bebauung Seite 3

keine Wortmeldungen

6. Aussenraum Seite 9

Andreas Bärtsch, Präsident KBU: Herzlichen Dank. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Hierzu hat die Kommission für Bau und Umwelt den folgenden Antrag. Art. 6.1 Abs. 4 soll wie folgt angepasst werden: «Die Flächen für Quartierplätze/Innenhöfe sind als multifunktionale Aussenräume für die Quartierbewohnerinnen und -bewohner zu konzipieren, im Sinne des ökologischen Ausgleichs standortgerecht zu gestalten und zu bepflanzen. Die Details sind im Rahmen des Baugesuchs im Umgebungsplan festzuhalten. Auf dem zentralen Quartierplatz sind Bauten und Einrichtungen für einen Kinderspielplatz erlaubt.» Was ich bis dahin vorgelesen habe, ist der Wortlaut, so wie er im Reglement steht. Die Kommission möchte beliebt machen, zusätzlich ins Reglement aufzunehmen: «*Der Kinderspielplatz soll so gestaltet sein, dass dieser für die Öffentlichkeit zugänglich ist.*» Die Kommission votiert dafür aufgrund der Diskussionen, die wir beim Spielplatzkonzept geführt hatten und sie dabei die Meinung vertrat, dass man auch private Spielplätze, welche einen öffentlichen Charakter haben, vermehrt der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Für den Gemeinderat haben sich in der Zwischenzeit, seit dem letzten Juni, als die 1. Lesung war, keine neuen Erkenntnisse ergeben. In diesem Sinne sperrt sich der Gemeinderat auch nicht, wenn der Einwohnerrat diesen Zusatz heute Abend so ins Reglement aufnimmt.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, also kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass wir dem Teil «Der Kinderspielplatz soll so gestaltet sein, damit dieser für die Öffentlichkeit zugänglich ist.» zustimmen möchte, soll das bitte mit der gelben Karte bezeugen.

://

Das ist einstimmig angenommen.

Andreas Bärtsch, Präsident KBU: Herzlichen Dank. Dann hat die Kommission zu § 6.1 Abs. 5b den Wunsch, diesen wie folgt anzupassen: «Der Aussenraum Zentrumsnutzung umfasst das direkte Gebäudeumfeld der Bauten im Baubereich 8a/b mit Erschliessungs- und Freiflächen sowie Grünflächen. Die Gestaltung erfolgt abgestimmt auf die Funktion der jeweiligen Fläche. Betreffend Bepflanzung und Begrünung gilt Folgendes: - Ausserhalb des Baubereichs 8a/b sind *mindestens 45 %* der Flächen mit einer Vegetationsschicht zu versehen und attraktiv zu bepflanzen.» Im Reglement steht «... sind 1/3 der Flächen mit einer Vegetationsschicht zu versehen...». Die Kommission möchte, dass drinsteht: «...*mindestens 45 %* der Flächen mit einer Vegetationsschicht zu versehen...».

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Auch dies unterstützt der Gemeinderat. Wir haben das mittlerweile auch mit dem Investor besprochen. Auch er kam darauf, dass hier ein Berechnungsfehler vorliegt und in diesem Sinn sind die 45 % absolut adäquat. Ich empfehle Ihnen, dies auch so zu beschliessen.

Henry Vogt, Präsident: Keine weiteren Wortmeldungen. Kommen wir zur Abstimmung. Wer den Zusatz der Kommission oder das Streichen von «1/3» befürwortet, soll das nun wiederum mit der gelben Karte belegen.

://

Auch das war einstimmig.

7. Erschliessung, Parkierung Seite 12

keine Wortmeldungen

8. Ver- und Entsorgung Seite 14

Andreas Bärtsch, Präsident KBU: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Auch hier hat die Kommission noch einen Antrag, zu § 8 Abs. 1. Ich lese nun nicht den Ganzen vor, ich glaube, es ist bekannt. Die Kommission möchte, dass *nebst der verbraucherabhängigen Erfassung des Warmwassers auch das Kaltwasser verbraucherabhängig erfasst wird*. In diesem Zusammenhang möchte ich Christoph Morat ganz herzlich für seinen Exkurs in den globalen Wasserverbrauch danken, den er

vor zwei Sitzungen vor den Sommerferien dem Einwohnerrat vorgetragen hat. Es ist doch immer wieder eindrücklich, was alltägliche Güter an Wasser benötigen. Daher ist es umso wichtiger, die Kulturen an geeigneten Standorten anzupflanzen und auch schonungsvoll zu nutzen und verantwortungsvoll zu nutzen. Die verantwortungsvolle Nutzung beginnt bei jedem Einzelnen von uns. Daher macht es aus Sicht der Kommission durchaus Sinn, dass an der eingeführten Praxis einer verbraucherabhängigen Kaltwassererfassung festzuhalten ist. Leider fühlen sich viele Personen erst für etwas verantwortlich, wenn sie ihren Verbrauch schwarz auf weiss sehen oder im Portemonnaie spüren. Ein weiterer Grund für die Einführung einer verbraucherabhängigen Kaltwassererfassung hat uns Gemeinderat Philippe Hofmann in der letzten Einwohnerratssitzung geliefert, indem er zu Recht erwähnt hatte, dass für den Druckaufbau im Leitungsnetz auch Strom benötigt wird, denn die Pumpen müssen das Wasser ja im Wasserturm hinauf pumpen. Ich glaube, in der heutigen Zeit ist es umso mehr ein Ansporn, auch das Kaltwasser verbraucherorientiert zu erfassen, weil man damit auch gleich Strom spart. Aus den vorgenannten Gründen bitte ich den Einwohnerrat, auch in diesem Punkt der Kommission zu folgen. Merci.

Christoph Morat, Gemeinderat: Sie müssen keine Angst haben, ich wiederhole heute Abend den Exkurs über den globalen Wasserverbrauch nicht. Ich möchte es einfach noch mit einer Sache versuchen. Und zwar ist es ja wichtig, dass man einigermaßen für Gleichstellungen sorgt. Wir haben hier einen Quartierplan, bei dem entstehen ein paar Mietwohnungen. Diese Leute, die in diesen Mietwohnungen sind, erhalten einen Wasserverbrauchszähler. Über die Sinnhaftigkeit der Wasserverbrauchszähler beim Kaltwasser lässt sich natürlich sträflich streiten. Andreas Bärtsch hat es gesagt, es ist natürlich wichtig, dass wir zu den Ressourcen Sorge tragen. Es ist aber auch wichtig, dass man sich ein wenig vor Augen führt, ob die Wirksamkeit dieser Massnahme auch tatsächlich gegeben ist. Ein kleines Rechenbeispiel: Seit x Jahren beläuft sich der Wasserverbrauch pro Person und Tag in der Schweiz auf ungefähr 160 Liter. Es gibt hier Leute, die sich mit Wasser besser auskennen als ich. Aber sie werden das wahrscheinlich bestätigen können. Der grösste Teil dieser 160 Liter läuft ins WC. Das ist so. Die Leute müssen aufs WC, mal mehr, mal weniger. Der allerwenigste Teil ist tatsächlich als Trinkwasser genutzt. Dies würde bei einer vierköpfigen Familie 640 Liter pro Tag ausmachen. Ich hoffe, ich habe es korrekt gerechnet. D. h. es sind ungefähr 70 Rappen pro Tag, die diese vierköpfige Familie für den Trinkwasserbezug ausgibt. Hinzu kommen noch 76 Rappen für die Entsorgung - das sind die aktuellen Zahlen der Gemeinde Allschwil. D. h. die Gemeinde Allschwil liefert jeder Familie einen Kubikmeter Wasser für zwei Franken und holt das, was man nicht braucht, für drei Franken wieder ab, und zwar in jedem Haushalt. Diese zwei Zahlen zusammen, das sind 280.30 und 256.90 pro Jahr, ergibt 537.20 pro Jahr. Ob das nun tatsächlich ein Motivationsschub ist, wenn in jedem Haushalt ein Wasserzähler vorhanden ist? Wo befindet er sich? Der ist meistens irgendwo unter dem Lavabo versteckt, vielleicht ist er auch irgendwo im Badezimmer. Aber ganz bestimmt nicht zuvorderst. Ich weiss nicht, wie viele Leute sich bei diesen Preisen des tagtäglichen Verbrauchs tatsächlich beeindrucken lassen. Im Sinne einer Gleichstellung mit allen anderen Mietwohnungen in Allschwil bitte ich Sie, dem Antrag der Kommission nicht zuzustimmen. Ich weiss, das ist ein Versuch, und stimmen Sie ab.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur dritten Abstimmung zu den Anträgen der KBU. Wer für den Antrag der KBU ist, dass man das ändert, soll es mit der gelben Karte zeigen. Danke schön. Wer dagegen ist, kann es jetzt mit der gelben Karte zeigen. Danke schön. Und schliesslich die Enthaltungen bitte.

://:

Der Rat hat mit 25 Stimmen für diese Änderung gestimmt, 9 waren dagegen, 5 Enthaltungen.

Danke schön. Wir machen mit der 2. Lesung weiter.

9. Lärmschutz Seite 15

keine Wortmeldungen

10. Hochwasserschutz Seite 16

keine Wortmeldungen

11. Realisierung Seite 17

keine Wortmeldungen

12. Abweichungen Seite 18

keine Wortmeldungen

13. Schlussbestimmungen Seite 18

keine Wortmeldungen

Beschlüsse der Mutation 2017 Seite 20

keine Wortmeldungen

Henry Vogt, Präsident: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schliessen wir die Beratung des Geschäfts 4575 A ab. Ich stelle fest, dass die 2. Lesung des Quartierplans somit abgeschlossen ist. Wir kommen zum **Antrag** des Gemeinderats auf Seite 12:

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Der Mutation 2017 zur Quartierplanung «Rankacker 2001», bestehend aus revidiertem Quartierplan und Quartierplan-Reglement, wird zugestimmt. Sie wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

://:

Sie haben grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung für diese Anträge gestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4575 A. Wer dafür ist, dass wir das Geschäft so abschliessen, soll das bitte mit der gelben Karte zeigen.

://:

Vielen Dank. Das war einstimmig.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 26.1.2022, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 29.8.2022, betreffend Beantwortung der Motion «Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport» und Beantwortung des Postulats «Support für Gemeinschaftsbildung (in der Zivilgesellschaft)», 1. Lesung, Geschäft 4377 / A / B
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4348 / A / B

Henry Vogt, Präsident: Wie gesagt, ist das die 1. Lesung.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Müsste man nicht erst noch übers Eintreten diskutieren?

Henry Vogt, Präsident: Das kommt jetzt gleich. Eins nach dem anderen. Also. Ich frage den Rat an, ob Eintreten bestritten ist.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion sind für die Rückweisung dieses Geschäfts. Weshalb? Grundsätzlich, und das ist auch das Wichtigste, dass man das als Erstes sagt, sind wir für eine prosperierte Kultur in Allschwil, die auch eine entsprechende Unterstützung erhalten soll. Wir denken, deshalb ist es auch wichtig, dass man im Moment bei dieser aktuellen Diskussion rund ums Kulturleitbild aktiv teilnimmt. Das Reglement, so wie es in dieser Form vorliegt, ist der falsche Ansatz. Wir haben auch schon bei der Überweisung der Motion unsere Bedenken geäussert, weil wir meinen, der Gemeinderat sollte über den Budgetposten, der etwa 0,1 % des Gesamtbudgets beträgt, selbstständig entscheiden können. Aus einer liberalen Sicht können wir das Giesskannenprinzip, wie es in diesem Budget resp. in diesem neuen Reglement geregelt wird, nicht unterstützen. Es muss doch möglich sein, dass man eine Bedarfsanalyse bei den Vereinen auch bei den Kulturschaffenden macht und evaluiert, was sie eigentlich genau benötigen. In diesem Zusammenhang kann man sich auch die Frage stellen: Sind Vereine oder Kulturschaffende überhaupt vergleichbar? Ist ein Veloverein mit einem Musikverein vergleichbar, ist eine Fischergesellschaft mit einem Jodlerklub vergleichbar? Wir müssen doch festhalten, dass eigentlich die Lösung, wie sie bis anhin praktiziert wurde, funktionierte. Vereine, die eine Unterstützung benötigen haben und auch wollten, konnten sie beim Gemeinderat beantragen. Wir haben jetzt Kriterien, z.B. wie ein Sockelbeitrag oder auch die Mitgliedschaft allgemein, welche neu die Subventionen regeln sollen. Ein Bedarf oder einfach eine Kostenanalyse der Vereine oder den Kulturschaffenden fällt völlig weg. Wir finden das sehr irreführend.

Es stellt sich auch die Frage, sind die Kriterien effektiv so transparent, wie sie uns dargestellt werden. Das kann man grundsätzlich sehr infrage stellen. Es ist natürlich auch nicht wirklich förderlich, wenn durch das Reglement auch Existenzängste und Unsicherheiten bei gewissen Vereinen entstehen. Wenn man z.B. bei den projektbezogenen Beiträgen ist, ist das jetzt transparent gelöst? Ich will hier eine wichtige Erkenntnis aus dem ersten Workshop Kulturleitbild zitieren. Da ging es darum, dass die Unterstützung für die Kulturschaffenden und die Vereine unbürokratisch sein soll, einfach, zielführend und bedarfsgerecht. Die Vereine müssten vielleicht einfach mal informiert werden und wirklich eigentlich aktive Kommunikation hätte erfolgen müssen, was überhaupt möglich ist. Ob dieses Reglement die Probleme löst, wagen wir zu bezweifeln. Deshalb sind wir für die Rückweisung dieses Geschäfts.

Henry Vogt, Präsident: Mattias Häuptli. Nein, Entschuldigung, wir müssen zuerst abstimmen. Ah, zum Diskutieren ist okay.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Im Namen einer Minderheit der Fraktion EVP/GLP/Grüne stelle ich den Antrag auf Nichteintreten. Über diese Vorlage lässt sich wenigstens etwas Positives sagen: Sie würde eine rechtliche Grundlage für die Beiträge der Gemeinde schaffen. Und letztlich erfüllt sie natürlich einen Auftrag vom Einwohnerrat. Aber diese Vorlage ist, wie schon mein Vorredner erläuterte, im Kern falsch konzipiert. Sie verfolgt der Ansatz, dass die Vereine gleichbehandelt werden. Das tönt gut, ist aber nicht gut. Das vorgeschlagene System ist nicht gerecht. Es ist auch nicht geeignet, irgendeine positive Wirkung im Bereich Kultur, Sport und Soziales zu erzielen. Es ist nicht gerecht, weil alle Vereine mit diesen Sockeln und Grundbeiträgen über einen Leisten geschlagen werden, egal ob es um Kultur oder Sport oder Soziales geht, egal ob das Vereine sind, die etwas mit wenigen oder mit vielen Mitgliedern tun, wie intensiv sie etwas, was für Aktivitäten es sind. Egal, welche andere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, da ist auch nicht alles gleich, je nachdem, was man macht. Von all diesen Kriterien und natürlich davon auch, wie wichtig etwas überhaupt ist, was für einen Impact etwas hat, was für eine Aussenwirkung, von all dem wird bei den jährlichen Beiträgen nichts berücksichtigt. Das verletzt letztlich auch den Grundsatz der Gleichbehandlung. Gleichbehandlung bedeutet nämlich, dass man Gleiches gleichbehandelt und Ungleiches nach der Massgabe seiner Ungleichheit, eben auch ungleich, behandelt. Das ist nicht vorgesehen, deshalb ist es auch nicht gerecht.

Dieses System wird aber auch keine Wirkung erzielen. Denn, wenn das Gemeindewesen oder auch Private etwas finanziell fördern, ist immer auch die Absicht mit dabei, etwas zu ermöglichen, was sonst nicht stattfinden würde. Mit 20, 30 oder 40 Franken pro Aktivmitglied lässt sich aber keine Wirkung erzielen. Denn das sind Beiträge, die jeder Verein, wenn nötig auch durch eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge reinholen könnte. Wenn man auf diese Art und Weise nach dem Giesskannenprinzip Geld verteilt, ist das rein zum Fenster rausgeworfenes Geld. Denn den einen Vereinen reicht das trotzdem nicht, es reicht ihnen nicht zum Überleben, dafür erhalten andere Geld, wonach sie nie gefragt haben und es auch gar nicht wirklich benötigen. Diese Mängel werden auch nicht dadurch behoben, dass es einmalige Projektbeiträge geben soll, die gesprochen werden können. Denn auch hier ist die Krux: Es sind Projektbeiträge und sie sollen einmalig sein. Wer aber ein attraktives Projekt präsentieren kann, hat es nicht so schwer, aus verschiedenen Quellen Geld von Privaten oder auch vom

Staat, z. B. aus dem Lotteriefonds, zu erhalten. Mit Projekten alleine kann man aber ein aktives Vereinsleben im Bereich Kultur, Sport und Soziales nicht bestreiten. Es wäre gerade eben auch die Aufgabe einer Gemeinde, gewisse Aktivitäten nachhaltig und dauerhaft zu finanzieren, und nicht alleine über einmalige Projekte. Deshalb, die ganze Vorlage ist verkorkst. Auf die sollte man gar nicht eintreten. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, ob ich meine Frage nun am richtigen Ort stelle. Ich stelle sie trotzdem. Bei diesem Geschäft 2 sind aus meiner Sicht zwei Dinge miteinander verkoppelt, die gar nichts miteinander zu tun haben. Bei der Motion geht es um Geld und bei der Gemeinschaftsbildung, das ist mein Postulat, geht es um Lebensqualität und nicht um Geld. Ich habe die Frage, vielleicht ist sie nicht am richtigen Ort, aber ich stelle sie nun trotzdem, damit sie gestellt ist: Weshalb hat man diese zwei Geschäfte, die nicht miteinander in Verbindung stehen, zusammengenommen? Frage b) wäre: Könnte man das Postulat entkoppeln und als einzelnes Geschäft stehen lassen?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin schwer davon ausgegangen, dass ich diese Debatte nicht führen muss. Aber dann muss ich halt doch ein wenig ausführen. 2018, das war vor fast fünf Jahren. Im Vorfeld habe ich mit Florian Spiegel und Patrick Kneubühler ein Thema aufgegriffen, von dem wir wussten, dass wenn wir das machen, ist das wie ein Stich ins Wespennest. Wir haben einfach festgestellt, dass – und darüber wurde kein Wort verloren – die alte Variante, die damals vorherrschte, ein wenig nach eigenem Gusto, je nachdem, wie man gerade Lust hat, macht man etwas im stillen Kämmerlein, ablieft. Ich wollte eigentlich die nicht die ganze Debatte wieder aufgreifen. Ich habe hier eigentlich klargemacht, was alles falsch läuft, was dieses System hier eigentlich nicht richtig macht. Dann haben wir hier – ich glaube, ich hatte noch nie so kalten Rückenwind vom Gemeinderat – in dieser Debatte sieben gegen den Einwohnerrat, lustigerweise dieses Endprodukt, wogegen eigentlich alle Gemeinderäte gesprochen hatten. Nach fünf Jahren Verfahren muss ich feststellen – und ich war selbst, muss ich sagen, echt überrascht – dass der Gesamtgemeinderat diese Vorlage nun unterstützt. Sie konnten natürlich auch eine Motion resp. ein Reglement ausarbeiten und sagen, gut, ihr habt es gewollt, das war der Auftrag, aber wir sind nicht dafür, denn das alte Regime hat uns besser gefallen. Wenn wir nun das Produkt von vor fünf Jahren – natürlich muss man noch ein wenig Schlusspolierung anbringen, dafür ist die KKS ja zuständig – gegengleich von dem, was wir zuvor hatten, hat der Gemeinderat ja von selbst gemerkt, ich glaube, es ist doch besser.

Ich hoffe schwer, dass du, Urs, der hier mitgewirkt hatte, die Stimme war, die sich gegen das Reglement aussprach, es wäre stringent. Man könnte vielleicht auch sagen, es ist schade, denn eigentlich als Mitarbeiter dort hoffe ich natürlich, natürlich im Grundsatz, da gebe ich dir recht, war die FDP relativ kritisch, ob das der richtige Weg ist. Aber alle anderen haben eigentlich grossmehrheitlich gesagt, doch, das unterstützen wir, und wir haben nun noch diverse Anträge offen. Ich halte es für sehr schwierig, wenn man sich nun einfach der politischen Diskussion in der Eintretensdebatte über ein Reglement, welches seit fünf Jahren ausgearbeitet wird, in dem sich auch die Vereine, von denen vielleicht nun am Schluss etwas weniger Batzen haben, entziehen möchte. Wenn wir dann in der 2. Lesung, wenn dann auch politisch darüber diskutiert werden konnte, meint, nein, es macht keinen Sinn, wir weisen es zurück, haben wir diese Debatte trotzdem geführt. Die Rückweisung einer Eintrittsdebatte heisst schlussendlich Abwürgen eines politischen Prozesses im Einwohnerrat. Ob das der richtige Weg ist, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, würde ich gerne bestreiten. Ich glaube, es gehört zu einem Parlament, dass man auch bei schwierigen Themen, bei denen man vielleicht sagt, nein, da bin ich ganz klar dagegen, nicht generell das Wort beenden, sondern sich der Debatte stellen muss. Sagen und ausdeutschen, weshalb man dagegen ist. Natürlich, es ist eine Eintretensdebatte, man kann sagen, wir sind grundsätzlich dagegen. Aber es ist wirklich eine Desavouierung einer KKS, die nun extrem lange dabei war, von einer Verwaltung und auch des Gemeinderats schlussendlich das Ganze, und ich sehe es auch unterstützt, dann soll man doch die Bereitschaft haben, in diese Debatte einzusteigen. Wir haben zwei Lesungen, heute ist eigentlich eine Auslegeordnung. Die KKS kann mal ihre Gedanken vorlegen. Der Gemeinderat kann seine Arbeit präsentieren. Man kann hier Anträge stellen. Stellt doch den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts aufgrund dieser oder jener Punkte. Ihr könnt einfach sagen, generell nicht. Dann steht das zur Debatte. Dann kann man am Schluss auch sagen, wenn man dann das Endprodukt sieht, zu dem sich der Einwohnerrat auserkennen hat, ob man dieses Produkt will oder nicht. Ich bitte doch ernsthaft, dem Eintrittsvotum nicht zuzustimmen. Merci.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kollegen. Ich mache es sehr kurz, nach dem, was gesagt wurde. Aber klar ist, die Kommission hat daran gearbeitet und die Kommission gab einen Bericht ab. Man kann sagen, jeder Kanal war fürs Parlament offen, man konnte

einbringen, was nötig war. Und das Resultat ist vorhanden. Ich hörte zuvor: Giesskannenprinzip wurde mehrfach erwähnt. Ich glaube, bis jetzt ist es ein Giesskannenprinzip. Denn, nämlich Giesskannen haben wir zurzeit genug in Allschwil, die in Plastikform herumlaufen. Jeder erhält das, was ich denke, er braucht es. Mehr ist es nicht. Was jetzt haben, ist Transparenz. Man weiss, wer erhält aufgrund wovon wie viel. Das ist Gleichbehandlung und nicht Giesskanne. Bedarfsgerecht heisst einfach das, wer etwas macht, stellt einen Antrag. Organisiere ich eine Ausstellung, gibt der Musikverein ein Konzert, gibt der Jodlerklub ein Konzert oder der Gospelchor unternimmt etwas, kann er zur Gemeinde gehen und sagen, wow, und der Gemeinderat geht hin und hört zu und findet es toll. Das ist bedarfsgerecht. Gleichbehandlung ist genau das, dass alle etwas erhalten. Dass gewisse nie nachgefragt haben, ist ganz einfach, die haben es gar nicht gewusst. Wer von uns kennt alle Reglemente? Ich strecke da sicher nicht auf. Ich bin ganz klar dafür, dass wir miteinander darüber reden. Merci vielmals.

Rolf Adam, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich würde sagen, wir machen hier ein Time-Out. Damit man es innerhalb der Fraktion schnell besprechen kann. Damit man die Argumente, die gefallen sind, schnell reflektieren kann.

Henry Vogt, Präsident: Man könnte sich sonst auch die Argumente von allen mal anhören, auch die vom Gemeinderat. Und dann könnten wir allenfalls anschliessend ein Time-Out nehmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderäte. Ich hatte ganz ursprünglich fast noch die Befürchtung, dass wir hier diese Vorlage gar nicht mehr erleben, so lange wie es dauerte. Ich dachte, irgendwann drohe ich damit und sage, ich trete erst zurück, wenn es mal im Rat ist. Nun ist es also tatsächlich noch gekommen, und die Drohung habe ich noch nicht ausgesprochen. Insofern muss ich sie auch nicht zurücknehmen. Dieses ausgearbeitete Dokument ist sehr umfangreich. Man kann zumindest sagen, es wurde in dieser langen Zeit auch viel getan. Sonst müsste man sich schon fragen, was in den fünf Jahren geschehen ist. Was ausgearbeitet wurde, ist aus unserer Sicht im Grossen und Ganzen gut gemacht. Dass es nun Punkte beinhaltet, worüber man diskutieren kann, wurde zuvor schon erwähnt. Dazu sind wir der Meinung, dass man das auch tun kann, also über das diskutieren, was die KKS bereits vorbereitet hatte. Sie hat ja gewisse Punkte, die sie einbringt, zu Recht, zum Teil aus unserer Sicht nicht überall, aber als Grundlage sicher richtig. Jetzt gehen und sagen, das ist nicht das, was wir wollen, und da wollen wir nicht hin, glaube ich, ist aus einem Grund, oder besser gesagt hat die Debatte vorher aus einem Grund schon gezeigt, weshalb wir eigentlich eintreten müssen. Denn mit dem Nichteintreten gewinnen wir insofern gar nichts durch die Voten, die wir gehört haben. Wenn jemand erzählt, das neue Reglement sei heute undurchsichtig, dann würde ich gerne wissen, was für ein Verdikt das Bestehende erhält. Wenn jemand sagt, ja, es sei schon viel zu viel zu beantworten, und es hiess, es müsse einfach sein. Kurz darauf sagt eine andere Seite, die es gerne sistieren möchte, ja, eigentlich benötigt es noch viel mehr Parameter. Diejenigen, die nicht wissen, was sie wollen, haben jetzt schon unterschiedliche Meinungen. Alleine diese Aussagen haben gezeigt, wo das hinführen würde, wenn wir heute nicht auf dieses Geschäft eintreten würden. Nämlich, dass es wiederum fünf Jahre dauern würde, bis wir noch einmal darüber sprechen. Deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass wir heute auf dieses Geschäft eintreten und die 1. Lesung durchführen, und heute die Grundlagenauslegung besprechen, wohin wir wollen. Wir werden auf jeden Fall für Eintreten stimmen und sind ganz klar nicht überzeugt, dass man das nun auf die lange Bank oder auf die noch längere Bank schieben sollte.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, der Auftrag des Einwohnerrats war die Schaffung von Transparenz und klarer Kriterien für die Vergabe an die Vereine. Bisher wurden Gelder nach Gutdünken ausbezahlt und gewissen Vereinen war die Möglichkeit nach finanzieller Unterstützung gar nicht bekannt. Mit dem vorliegenden Reglement erfüllt der Gemeinderat diesen Auftrag. Wir, das ist eine kleine Mehrheit unserer Fraktion, sind nicht begeistert. Wir stellen aber auch fest, dass es schwierig ist, eine gute Lösung zu finden. Egal, wie man es ausgestaltet, es wird immer für irgendjemand nicht stimmen. Es ist schwierig, eine gute Lösung zu finden, die für alle passt. Aber es ist auch schwierig, eine Lösung zu finden. Es ist ein wichtiger Punkt, ohne dass ein riesiger, bürokratischer Aufwand auf der Gemeindeverwaltung entsteht. Also nicht, dass noch eine neue Stelle geschaffen werden muss, die am Schluss mehr kostet, als das, was den Vereinen ausbezahlt wird. Wir halten es für eigentlich zweckmässig. Es ist uns aber auch ein wichtiges Anliegen, das ist ja dann ein Antrag der KKS, dass man nach drei Jahren eine Evaluation durchführt und man sieht, welche Wirkung mit diesem Reglement erzielt werden konnte. In diesem Sinn stimmt eine kleine Mehrheit von uns fürs Eintreten.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte Ueli Keller zuerst eine Antwort geben. Er hat gefragt, weshalb wurden diese zwei Geschäfte miteinander verknüpft.

Das Postulat erhielt eine eigene Abhandlung im Bericht des Gemeinderats. Insofern kann man es auch als eigenständigen Antrag betrachten und als eigenständigen Beschluss fassen. Man kann das Postulat, wenn ihr das Gefühl habt, es sei nicht ganz alles erfüllt, was ihr euch damals bei der Eingabe vorgestellt habt, selbstverständlich stehen lassen. Diese Möglichkeit hat der Einwohnerrat ja immer – aber man kann es gesondert voneinander betrachten, es sind am Schluss zwei unterschiedliche Beschlüsse in der Vorlage. Insofern denke ich mir, versuchte die Verwaltung doch auch nach dieser langen Zeit - das Votum von Florian Spiegel, der zuvor gesagt hat, es hat doch etwas lange gedauert, nehmen wir natürlich auch ernst. Ich werde nachher, wenn das Eintreten dann hoffentlich beschlossen ist, auch noch etwas dazu sagen können, weshalb es so lange dauerte. Nicht im Sinn einer Rechtfertigung, aber doch immerhin als Erklärung.

Es stimmt natürlich nicht, dass man die Vereine nicht gefragt hat. Sie haben in der Vernehmlassung an die Vereine, es sind 25, die Vereine befragt. Wir starteten einen partizipativen Prozess, in dem zu Beginn ausgewählte Vereine dabei waren für den Start des ganzen Vorhabens. Anschliessend haben wir 25 Vereine gefragt. Und 25 Vereine haben grossmehrheitlich dem Reglement und der Vorlage zugestimmt. Das war eine umfassende Umfrage mit sehr vielen Fragen. Das sehen Sie, es waren neun Fragen, die man den Leuten gestellt hatte. Sie haben sie auch mit sehr grossem Ernst und einiger Akribie beantwortet. Ich denke mir, der Einwohnerrat würde auch diesen Leuten, die dem nun Zustimmung signalisiert haben, nicht unbedingt einen Gefallen tun. Nichtsdestotrotz, wir wüssten gar nicht, was wir anderes in dieses Reglement reinschreiben sollten. Wir vom Gemeinderat sind eigentlich überzeugt, dass wir hier die grösstmögliche Transparenz geschaffen haben. Wir werden natürlich auch die Sicht der KKS hoffentlich ausdiskutieren können. Ich bitte Sie also, den Rückweisungsantrag im Moment nicht zu unterstützen. Das können Sie dann in der Schlussabstimmung nach gewalteter Diskussion. Ich denke, es wäre auch nicht fair gegenüber jenen Leuten auf der Verwaltung, die sich nun lange Zeit damit befasst haben. Es würde auf wenig Verständnis stossen, wenn der Einwohnerrat bereits beim Eintreten sagen würde, nein, darüber wollen wir gar nicht sprechen. Denn, es heisst ja Parlament, und das kommt von parlare. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zuzustimmen oder dem Minderheitsantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, die ja denselben oder gleichlautenden Antrag stellen wollten, nicht zuzustimmen und das Eintreten zu beschliessen, sodass wir das Geschäft und das Reglement in diesen zwei Lesungen tatsächlich miteinander durchdiskutieren können.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist schade, dass man so lange daran gearbeitet hat und viele Leute damit beschäftigen und beschäftigen musste. Die Kritik am Ansatz wurde aber schon als die Motion seinerzeit überwiesen wurde geäussert. Deshalb ist sie, wie wir zuvor gehört haben, auch verfehlt. Der Punkt ist doch: Es ist schlicht nicht möglich, eine vernünftige Förderung im Bereich Kultur, Sport und Soziales in einem Reglement abzuhandeln, das nachher die Förderung nach einheitlichen Kriterien bürokratisch abwickelt, ohne dass irgendjemand ein Ermessen hat. Also Förderung als bürokratischer Prozess. Das ist nämlich das Konzept dieses Reglements. Damit erzielt man aber keine gute Wirkung. Es braucht jemanden, der irgendwo Schwerpunkte setzt, der sagt, was man für wichtig hält, der Gewichte setzt und mit einem gewissen Ermessen entscheidet. Das ist letztlich eine politische Aufgabe. Deshalb ist es auch richtig, dass es eine Aufgabe des Gemeinderats ist. Natürlich kann man das immer besser oder schlechter finden, wie das der Gemeinderat macht, aber irgendwo muss das Ermessen einfach noch sein. Und es rein bürokratisch abzuwickeln, ist mir nicht bekannt, dass das irgendwo so vorgenommen wird und es das dann auch eine wirklich gute Wirkung hat, wie das nun in diesem Konzept, in diesem Reglement konzipiert ist. Deshalb, der Ansatz ist einfach verfehlt. Daran können wir auch in zwei Lesungen nichts verbessern. Das konnte auch die KKS nicht. Wenn das Grundkonzept einer Vorlage falsch ist, muss man sie einfach versenken und nicht noch irgendwie daran basteln und verschlimmbessern. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Nun haben wir so weit alle Argumente gehört. Also machen wir das von der Mitte-Fraktion gewünschte Time-out. 5 Minuten. Um 18.55.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Meine Frage ist: Ist das nicht ein Ordnungsantrag und wir müssen darüber abstimmen?

Henry Vogt, Präsident: Nein, grundsätzlich ist es keine Unterbrechung in diesem Sinn der Ratssitzung. Dementsprechend kann ich beschliessen, ob wir das Time-out machen oder nicht. 5 Minuten! Danke schön.

TIME-OUT

Henry Vogt, Präsident: So, ich hoffe, ihr habt euch gut beraten können. Ich werde die zwei Anträge betreffend Nichteintreten zusammennehmen. Vorausgesetzt: Urs Pozivil, du hast Rückweisung gesagt. Bist du mit Nichteintreten auch einverstanden? Dann sind wir bei beiden beim Nichteintreten, stimmt das? – Okay, dann führen wir diese Abstimmung durch. Wer ist für das Eintreten in dieses Geschäft? Danke schön. Wer ist dagegen? Danke, und nun die Enthaltungen?

://:

25 haben mit Ja abgestimmt, dementsprechend für das Eintreten. Ich sehe, 14 haben dagegen abgestimmt und 2 haben sich enthalten.

Dementsprechend kann nun Gemeinderat Christoph Morat seine Ausführungen anbringen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zuerst einmal möchte ich mich im Namen des Gemeinderats und der Verwaltung dafür bedanken, dass Sie dem Eintreten doch grossmehrheitlich zugestimmt haben. Es steckt wirklich viel Arbeit dahinter, auch wenn das nun nach dieser langen Verzögerung etwas sonderbar klingt. Ich hätte mein Votum begonnen mit «Was lange währt, wird hoffentlich nun gut.». Mit diesem Reglement für Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur und Sport findet ein Anliegen aus 2018 endlich zurück zum Einwohnerrat, der diese Motion vom 28. Februar 2018 erst am 7. November 2018 mit 24 zu 11 Stimmen, also ungefähr mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 überwiesen hatte. Anfang 2019 befasste sich die Verwaltung dann mit diesem Auftrag und versuchte, diese Motion umzusetzen. Im Juni 2019 fasste der Gemeinderat in einem Workshop die folgenden Vorgaben zur Ausarbeitung dieses Reglements und wies es dem Ressort Kultur und Sport zu. Damals hiess das Ressort noch Kultur und Sport, das ist heute anders. In der Zwischenzeit hatten wir Legislaturwechsel und infolgedessen Ressortwechsel.

Die erste Vorgabe war, die Gebührenordnung wird nicht angetastet, wird nicht in dieses Reglement einbezogen. Die zweite war, die Anspruchsgruppen sollen erweitert werden. Die dritte Vorgabe war, der Fokus soll auf Allschwil gelegt werden «von Allschwil - für Allschwil». Dies war im Gemeinderat ein bedeutungsvoller Grundsatz, denn wir sprechen hier auch von einer Verteilung von Steuergeldern. Als erster Punkt hat die eingesetzte Arbeitsgruppe einen partizipativen Prozess eingeleitet. Vereinsvertretungen diskutierten in drei Forumsveranstaltungen die konzeptionellen Fragen in grundsätzlicher Form und gaben der Arbeitsgruppe ihre Vorstellungen für einen ersten Entwurf des Reglements mit. Details dazu finden Sie im Bericht. Die Foren zogen sich bis Ende 2019 hin. Im ersten Halbjahr 2020 erarbeitete die Kerngruppe dann den ersten Entwurf, und bis Ende 2020 wurde im Gemeinderat die Vernehmlassung an die Vereine genehmigt. Diese Vernehmlassung war ziemlich aufwendig. Vor allem auch die Auswertung dieser Vernehmlassung benötigte einiges an Zeit, zum Teil auch Rückfragen bei Unklarheiten etc. Nach der Vernehmlassung und nach einer ersten kritischen Betrachtung, einer kritischen juristischen Betrachtung durch den Kanton, konnte der Gemeinderat im letzten Quartal 2021 den Bericht und das Reglement für den Einwohnerrat freigeben.

Sie sehen, der Gemeinderat und die Verwaltung haben sorgfältig und in mehreren Schlaufen dieses Geschäft behandelt und können daher erst heute Abend die erste Lesung abhalten. Nebst Bericht, Reglement und Verordnung liegt Ihnen auch noch der Vernehmlassungsbericht vor. Insbesondere die Übersichtstabelle auf Seite 3 von 14 zeigt Ihnen als Entscheider und Entscheiderinnen auf, dass die grosse Mehrheit der Vereine mit diesem Reglement grösstenteils völlig einverstanden ist. Das sind die grünen A- und B-Vierecke. Weil das Reglement diese Grundsätze für Transparenz und Chancengleichheit erfüllt, kann man natürlich nicht alle lieb gewonnenen Gewohnheiten behalten. Deshalb sind auch nicht alle Vierecke grün. Es hat auch vereinzelt gelbe oder sogar ein paar rote. Diese Vierecke signalisieren, dass man mit den einzelnen Fragen nicht ganz einverstanden ist oder überhaupt nicht einverstanden ist. Das Reglement ist aber so aufgebaut, damit jene Vereine, die in der Vergangenheit vielleicht überproportional unterstützt wurden, in Zukunft Möglichkeiten erhalten, um mittels Projekte wie Veranstaltungen, Konzerte etc. wieder einen Teil erwirtschaften zu können. Wir haben auf Wunsch dieser Vereine als Übergangsbestimmungen den § 17 Abs. 2, welcher dem Verein mit höheren Einbussen fünf Jahre lang ermöglicht, bei der Verwaltung einen Beitrag zu beantragen. So gewinnen sie Zeit, um eine Alternativfinanzierung zu organisieren.

Zum Schluss möchte ich mich vor allem bei jenen bedanken, die in jahrelanger, akribischer und doch konzeptioneller Arbeit an einem fairen und transparenten Reglement mit klaren Kriterien, den erfüllten Vorgaben der Motionäre und des Gemeinderats gearbeitet haben. Es sind dies: die Kerngruppen unter der Leitung von Martin Williner, Jean-Marc Wyss, Petra Dokic, der externe Jurist Daniel Kettiger, der übrige, Matthias Häuptli, diesen Prozess, den wir nun auch durchlaufen, in schon vielen Ge-

meinden in der ganzen Schweiz begleitet hat. Wir sind also nicht die erste Gemeinde, die ein solches Reglement für die Unterstützung der Vereine hat. Dann auch sind es Sandra Dettwiler und Ruedi Spinnler und natürlich auch mein Gemeinderatskollege Andreas Bammatter, der in der zweiten Hälfte seit dem Legislaturwechsel an diesem Reglement auch mitgearbeitet hat. Mein Dank gilt aber auch der Kommission, die dieses Reglement geprüft hat. Die Anträge der KKS werden wir hier noch diskutieren. Vor allem der Antrag, dass der Grundsatz «von Allschwil - für Allschwil» fallen soll, macht dem Gemeinderat etwas Bauchschmerzen. Mehr dazu später in der Diskussion. Vorerst habe ich geschlossen. Danke.

Simon Trinkler, Präsident KKS: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Gemeinderat, geschätzte Anwesende. Die KKS hat dieses Geschäft intensiv an mehreren Sitzungen miteinander besprochen. Deshalb erst einmal mein Dank an all jene, die uns dabei begleitet haben, teilweise intensiv begleitet haben und uns Rede und Antwort zu diesem Reglement gestanden sind. Ein Grundsatz darin ist, dass das Reglement – man muss sich immer auch vor Augen führen, dass man da nicht wahnsinnig grosse Geldsummen einfach verteilt, dass das Reglement mit einem geringen personellen Aufwand umgesetzt werden muss – drei Säulen vorsieht:

1. der Sockelbeitrag
2. Mitgliederbeiträge
3. Projektbeiträge

Und eben genau bei den Projektbeiträgen, das ist quasi der eine Drittel, ist ein Ermessensspielraum möglich. Dazu aber später mehr.

Zuerst möchte ich auf den **Sockelbeitrag** zu sprechen kommen. Es ist so, dass eben eine Kommissionminderheit aus der Besprechung hier eine zu geringe Differenzierung sieht und sie begrüssen würde, wenn genau dieser Sockelbeitrag der Kostenstruktur eines Vereins besser angepasst und irgendwie eine Abstufung eingeführt würde. Eine Kommissionsmehrheit ist aber der Meinung, dass eine Abstufung zwangsläufig in einen grösseren Kontrollaufwand, einen grösseren Beurteilungsaufwand resultieren würde, und deshalb, angesichts der auszuschüttenden Beiträge, überhaupt nicht gerechtfertigt wäre.

Bei der zweiten Säule, dem **Mitgliederbeitrag**, ist die Kommission, das sieht man auch weiter unten in den Anträgen der Kommission, der Meinung, dass Personen bis 25 Jahre als Jugendliche betrachtet werden sollten, und dass die Unterscheidung zwischen Senioren und erwachsenen Personen nicht unbedingt gerechtfertigt ist. Und dass deshalb, diesen Antrag stellen wir dann auch, Jugendliche bis zum Ende der Unterstützungspflicht, also bis 25, einen erhöhten Beitrag erhalten sollten, insbesondere eben auch wegen der erhöhten Belastung von Familien, und dass Erwachsene auf den Beitrag von Senioren erhöht werden. Also nicht, dass man den Senioren einen schmäleren Beitrag zuspricht, sondern eben die Erwachsenen auf das Niveau der Senioren anhebt.

Es gibt dann noch die dritte Säule, die **Projektbeiträge**. Hier ist die Kommission der Meinung, dass das ein wichtiges, qualitatives Instrument darstellt, welches eine wichtige Funktion einnimmt. Nämlich, dass damit spezifische Projekte gefördert werden können. Gemeinderat Christoph Morat ging in seinem vorherigen Votum darauf ein. Das ist ein Teil, bei dem sich Vereine z.B. auch für die Organisation eines Konzerts oder die Organisation eines Theaters usw. einen Beitrag zu einem Projekt einholen können. Wobei der Gemeinderat nachher letztendlich den Ermessensspielraum hat, den er bis anhin bereits innehatte. Der Gemeinderat hat hier auch die Möglichkeit, übers Budget ausreichende Mittel in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

In der Beratung haben wir auch mehrfach über **Missbrauch** des Reglements gesprochen. Ich möchte es hier noch einmal ansprechen, um die Meinung der Kommission wiederzugeben. Die Kommission sieht eigentlich kein Missbrauchspotenzial in diesem Reglement. Und zwar, weil es relativ einfach kontrollierbar ist, es basiert auf relativ einfach zu erhebenden Zahlen. Insbesondere dann, wenn ein Verein z.B. falsche Dinge ausweisen sollten, ist das auch Betrug und kann entsprechend geahndet werden.

Ich möchte auch auf die Abgrenzung «von Allschwil – für Allschwil» eingehen. Dies wurde bereits in der Kommission kontrovers diskutiert. Einerseits gibt es eine Kommissionsmehrheit, die meint, dass die Abgrenzung nicht der Lebensrealität entspricht. Es wurden während der Kommissionssitzung unterschiedliche Beispiele genannt, darauf möchte ich nun nicht näher darauf eingehen. Man kann aber sagen, dass es viele Personen gibt, die eine Verwurzelung in Allschwil haben, vielleicht aber mittlerweile auswärts leben, aber trotzdem weiterhin die Verwurzelung in Allschwil leben, hier am Vereinsleben teilnehmen und die Vereine eben zur Belebung der Kultur und vom Sport etc. in Allschwil einen

Beitrag leisten. Deshalb ist eine Kommissionsmehrheit der Meinung, dass das dem nicht entspricht und aufgehoben werden sollte. Eine Minderheit meint, dass die Abgrenzung nötig ist und durchaus Sinn macht, weil es eben Steuergelder sind, die man hier ausgibt und es auch den Steuerzahlenden zugutekommen sollte.

Ein kleiner, aber relevanter Teil ist auch der Teil **Rechtsanspruch** in diesem Reglement. Und zwar geht die Kommission in der Beratung davon aus, dass aus diesem Reglement heraus, weil es eben so geregelt ist, ein Rechtsanspruch erwächst, dass im Reglement deshalb die entsprechenden Änderungen vorgenommen werden müssten. Sie sind weiter unten in den Anträgen beschrieben. Zu § 5 Abs. 2, «Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beiträge.», ist die Kommission der Meinung, dass das so nicht korrekt ist und aus dem Reglement gestrichen werden muss.

Es gibt noch einen wichtigen Teil, der dem Abfedern der ganzen Sache, die vielleicht Vereine härter trifft als andere Vereine, dient. Dieser Teil ist die **Übergangsregelung**. Sie sieht vor, die Unsicherheiten bezüglich der künftig entstehenden Beiträge möglichst transparent und fair abzuhandeln und Unsicherheiten möglichst klein halten zu können. Deshalb gibt es diese Übergangsbestimmung, die vorsieht, dass Vereine, die aufgrund der Regelung insgesamt einen massgeblich tieferen Jahresbeitrag erhalten und dadurch ihre Existenz bedroht ist, eben zur Überbrückung der wirtschaftlichen Folgen, einen Überbrückungsbeitrag beantragen können. Dies während maximal fünf Jahren. Das ist eine relativ grosszügige Regelung. Der Gemeinderat kann ein Gesuch gestellt erhalten und zu diesem die Einzelheiten regeln. Es ist so, dass die Kommission nachher auch empfiehlt, genau deshalb, dass man nach drei Jahren das Ganze evaluiert. Wir wären auch sehr froh, wenn hier auch ein Zwischenbericht präsentiert werden würde. Wir stellen anschliessend auch die Empfehlung. Man kann dann schauen, ob die entsprechende Überbrückungsregelung überhaupt beansprucht wurde und wenn ja, weshalb, resp. was für Nachjustierungen das Reglement allenfalls benötigt. Merci vielmals.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Die Rednerliste ist eröffnet.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zuerst noch gedacht, die Kritiker würden sich äussern. Dann gebe ich erst mal Lob ab. Ich möchte mich hier gerne anschliessen. Ich habe zuvor schon viel vorweggenommen. Fünf Jahre Arbeit. Ich möchte in erster Linie euch danken erst mal für das Vertrauen beim Überweisen dieser Motion, und sicher allen Leuten, die sich daran beteiligt haben, der Steuerungsgruppe und der Arbeitsgruppe, aus der sich auch ein Teil davon hier eingefunden hat, um der Debatte zuzuhören. Merci für die grosse Arbeit. Wie ich zuvor bereits erwähnt habe, im Vergleich zum Groben Ganzen, im Vergleich zum Produkt, das wir vorher hatten, ist das sicher eine Leistungssteigerung. Ich weiss nicht, bisher haben wir eigentlich immer in der 1. Lesung eine Auslegeordnung gemacht, sind nicht wirklich im Detail auf die Anträge eingegangen. Sondern die Kommission hat die von den Fraktionen eingegangenen Anträge noch einmal beraten und dann selbst wie auch der Gemeinderat auf die 2. Lesung hin Stellung genommen. Wenn das so ist, was uns so fehlt: Wir selbst haben in unserer Debatte, die wir in unserer Fraktion geführt hatten, keine Änderungsanträge eingebracht.

In der Mehrheit von uns haben wir auch Anträge der Kommission, bei denen wir skeptisch sind. Was uns ein wenig fehlt – ich gehe einfach ganz durch: Zum einen ist für uns fraglich, weshalb man nun Jugendliche plötzlich als 25-jährige Personen definiert. Bund und alle J+S sagen, es ginge bis 20. Ich glaube, die 25 wäre ein Novum, was wäre hierzu die Argumentation? Dies ist für uns nicht ganz schlüssig. Ein Mediziner würde sagen, ab 25 geht es nur noch bergab, da hat man den Zenit eigentlich erreicht, da könne man bereits Richtung Pension zusteuern. Was wir auch haben: Wir sind etwas skeptisch, mit dem Wohnsitz, dass man nicht mehr «von Allschwil – für Allschwil» herausnimmt, sehen wir ein wenig als eine Pandora-Büchse. Generell fehlt uns: Wir haben relativ viel Änderungen, die ins Finanzielle gehen können. Uns fehlt die finanzielle Auswertung. Ich nehme mal an, der Gemeinderat hat selbst für ihres Konstrukt eine Finanzkalkulation erstellt, was das bedeuten würde. Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat das nachliefern könnte, oder auch die KKS das noch wünscht. Also quasi, wenn wir eine Änderung des Alters vornehmen, wie verändert sich die Kalkulation diesbezüglich oder auch bei der Anzahl an Abstufungsgruppen? Generell halten wir es für gut, je schlanker, umso besser. Wenn man von drei auf zwei Kategorien runterkommt, sind wir auch Fan davon. Schlussendlich: Das Papier hat fünf Seiten, eine Seite pro Jahr. Das ist ungefähr das, was wir uns vorgestellt hatten, schlank und rank. Was wir auch in der Mehrheit etwas skeptisch sehen, ist, dass wir dem Gemeinderat vorschreiben, wie viele Minimalbeiträge er aussprechen soll. Ich meine, die Kriterien sind Sache des Einwohnerrats. Wir sind das Gremium, das entscheidet, welche Kriterien zählen sollen. Dafür wurden wir gewählt. Wir sagen dem Gemeinderat, wir würden uns gerne den oder jenen Kriterienkatalog vorstellen. Dann ist es eigentlich auch ein wenig die Finanzkompetenz des Gemeinderats, wie hoch und welche, wie er es ansetzen möchte. Wir geben die Spiellinie vor, wir geben das Global-

budget vor. Aber dann liegt es, glaube ich, eher im Ermessen der Exekutive, wie hoch nun welche Ansätze sind, und das natürlich auch, nehme ich mal an, im Verlauf und in einer Evaluation betrachtet. Dies einfach mal als Ausgangslage. Von unserer Seite gibt es ansonsten keine Änderungsanträge. Besten Dank.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch gleich zu dem, was Etienne gesagt hat, einhaken, was nun allgemein bei diesem neuen Reglement bei den Stimmungen völlig fehlt, ist, eigentlich auch so eine Anzahl von Vereinen, die nun eigentlich von diesem Reglement profitieren könnten und was eigentlich der gesamte Impact auf das Budget wäre. Denn, das ist eigentlich ein interessanter und wichtiger Faktor, der es tangiert, das fehlt eigentlich. Ich glaube, das wäre sehr wertvoll, wenn man das dann in der KKS hätte. Ein anderer Punkt, der wahrscheinlich auch noch sehr interessant wäre: In der Vergangenheit kann man es ja eigentlich so bezeichnen, die Vereine haben immer projektbezogen einen Antrag gestellt, wenn sie Unterstützung wollten. Hier müsste man sich die Frage stellen, wie war es eigentlich in der Vergangenheit. Wurden überhaupt je Anträge von Vereinen abgelehnt? Wurde immer alles durchgewinkt? Denn das ist auch ein Faktor, der im Bericht des Gemeinderats gar nicht abgebildet ist. Wie war das eigentlich in der Vergangenheit? Vielleicht genau im Hinblick auf die projektbezogenen Beiträge, damit man für die Vereine eine Art Sicherheit hat. Wie war das eigentlich in der Vergangenheit? Kam es durch, wenn es formell und inhaltlich korrekt war, oder war es manchmal eher eine harzige Diskussion? Das sind sicher solche Punkte, die man, glaube ich, nachliefern sollte, einerseits für die KKS und sicher für die 2. Lesung.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich sage noch einmal etwas zu diesem Nebengeschäft Gemeinschaftsbildung. Ich bin Gemeinderat Christoph Morat dankbar, dass er mich über das mögliche Verfahren aufgeklärt hat. Ich konnte feststellen, dass man in der Antwort, die nun vorliegt und in der es ums Geld und um die Vereinsunterstützung geht, auf mein Anliegen nicht eingegangen ist. Weder seitens Gemeinderats noch seitens Kommission. Das wurde einfach irgendwie zum Erledigen angehängt. Ich werde mir erlauben, anlässlich der 2. Lesung einen qualifizierten Antrag zu stellen, dass man das Postulat stehen lassen soll, damit die Anliegen, die mir wichtig sind, wirklich auch bearbeitet werden können. Ich bitte Sie schon heute, dann diesem Antrag zuzustimmen und das Postulat nicht unisono mit dem ganzen Geschäft abzuschreiben. Danke schön.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Entschuldigung für diese Verspätung. Ich hätte aus persönlichem Interesse einfach noch eine Frage. Das Vereinsreglement gilt für Vereine nach ZGB, die fünf Jahre bestehen. Jetzt ist es aber in der Realität auch so, dass es viele Ansammlungen von Menschen gibt, die sich als Verein bezeichnen, aber nie Statuten erstellt haben oder als einfache Gesellschaften funktionieren. Es nähme mich einfach Wunder, wie der Gemeinderat mit solchen Gruppierungen umgeht, die kein Verein nach ZGB sind, aber schon sehr lange bestehen und in der Zukunft anklopfen würden. Würde man dann sagen, ja, ihr müsst jetzt erst mal Statuten erstellen und dann fünf Jahre warten oder würde man sie auch einfach so berücksichtigen? Das wäre meine Frage.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank für die Fragen in diesem ersten Durchgang. Ich möchte vielleicht zuerst schnell auf die eine Frage von Urs Pozivil eingehen. Urs Pozivil stellte die Frage, was denn bisher die Anzahl Vereine war. Bisher wurden elf Vereine im Bereich Kultur und elf Vereine im Bereich Jugend und Sport regelmässig unterstützt. Der Gemeinderat, das habe ich in meinem Eingangsvotum erwähnt, beschloss im Sommer 2019 als erster oder als zweiter Punkt in den Vorgaben, dass man die Anspruchsgruppe erweitern soll. D.h. es ist heute nicht ganz klar, wie viele Vereine tatsächlich von diesem Angebot Gebrauch machen. Wir haben, das habe ich Ihnen auch gesagt, 25 Vereine angefragt. Ich weiss aber, dass ganz viele Vereine, die nun nicht angefragt wurden, aber von dieser Reglementsänderung gehört haben, resp. von der Schaffung des Reglements, im Grunde genommen auch darauf warten, dass sie an die Verwaltung einen Antrag stellen können. Die Anträge werden ja immer an die Verwaltung gestellt. Die Anspruchsgruppe wird tatsächlich erhöht. Es ist mir ein ganz wichtiges Anliegen zu erwähnen, wenn mehrere Vereine in Zukunft einen Antrag stellen werden, heisst das natürlich auch, dass die Summe des ausgeschütteten Beitrags oder der ausgeschütteten Beiträge natürlich grösser wird. Also es ist nicht so, dass es immer ein gleich grosser Kuchen ist, von dem die einzelnen Stücke kleiner werden bis hin zu Brosamen. Sondern es geht darum, dass man dann auch den Kuchen ein Stück weit vergrössern muss. Das ist tatsächlich in den Grundsätzen des Reglements gewollt, weil ja auch Vereine, die bis jetzt z.B. noch nie einen Antrag gestellt haben, tatsächlich ein reges Vereinsleben haben und im Dorf integriert sind, sollen in Zukunft auch die Möglichkeit haben, sich einen Beitrag von der Gemeinde auszahlen zu lassen, wenn denn die Bedingungen stimmen, die im Reglement auch aufgeführt sind. Mir kommt in diesem Zusammenhang zum Beispiel immer der Samariterverein Allschwil in den Sinn,

das sind die guten Seelen, die immer für die anderen Vereine da sind, die Dienste leisten, die sich an den Vereinsnähen oder an sonstigen öffentlichen Anlässen zur Verfügung stellen, die haben noch nie einen Antrag gestellt. Also die Anzahl der Vereine ist nicht begrenzt. In der Vergangenheit war das sehr wohl begrenzt. Es waren in etwa immer dieselben, die schon einmal davon gehört haben oder die bereits Beiträge erhalten haben. D.h. es war eine Gruppe von Vereinen, die sich das Geld, welches der Einwohnerrat im Budget beschliesst und beschlossen hatte, mehr oder weniger aufgeteilt haben, nach den Kriterien resp. nach den Richtlinien, die in der Vergangenheit halt eben vorhanden waren.

So viel kann ich auch Lucca Schulz sagen, Vereine nach ZGB ist die eine Erklärung. Das andere ist viel wichtiger für uns: Ist es ein Zusammenschluss in Allschwil, der schon längere Zeit Bestand hat? Wenn nun drei Freunde irgendwie beschliessen, wir gründen einen Jassverein, und sie gehen zuerst einmal auf die Gemeindeverwaltung und holen sich die entsprechenden Beiträge, die sie allenfalls zugute hätten, dann werden sie selbstverständlich in einem ersten Teil sicher nicht berücksichtigt. Sondern, es muss schon auch eine gewisse Verbundenheit mit Allschwil vorhanden sein. Das mit dem "5 Jahre in Allschwil bereits existieren" haben wir versucht, im Reglement abzubilden. Damit eben genau der Missbrauch, welcher der Präsident KKS, Simon Trinkler, auch erwähnt hat, genau diese Möglichkeit so klein wie möglich gehalten wird. Ich sage nicht, sie sei auszuschliessen. Wir hatten vor ein paar Jahren Leute, die Badminton spielen wollten und einen Hallenplatz benötigten. Dann haben sie sich schnell zu einem Allschwiler Verein zusammengeschlossen, weil das ja für die Hallenbenutzung genauso in der Verordnung drinsteht. Dann musste man für sie eine Hallenbenutzung organisieren. Das soll bei diesen Beiträgen nicht der Fall sein. Wie zuvor erwähnt, uns ist wichtig, dass wir den Grundsatz «von Allschwil – für Allschwil» leben können, aber auch so breit gefächert wie möglich. Denn es ist in der heutigen Zeit tatsächlich so, es findet eine Verschiebung statt, auch in kleinere Vereine. Das Vereinsleben, wie man es vielleicht vor 10, 20, 30 oder 50 Jahren gekannt hat, verändert sich. Ich hoffe nicht, dass es sich auflöst, sondern ich hoffe auch, dass durch die Reglemente und durch die neue Ordnung auch wieder vermehrt Menschen gibt, die nicht einfach ihre Leistungen irgendwo einkaufen, sondern sich tatsächlich auch wieder als Verein fühlen, sich verantwortlich fühlen und vielleicht sogar etwas für die Allgemeinheit tun, sodass wir auch in Zukunft ein lebendiges Vereinsleben in Allschwil haben. Das war der Grundsatz, den wir uns eigentlich vorgegeben haben, als wir das Reglement aufbauten.

Zu Etienne Winter: Es ist tatsächlich so, dass die Vorschläge der KKS tatsächlich zu Mehrausgaben führen. Und zwar können sie unter Umständen zu sehr vielen Mehrausgaben führen. Aber wir wissen ungefähr die Zahlen. Wir haben auch eine Grafik, die das einigermaßen belegen kann. Wir werden dies zu gegebener Zeit, evtl. noch heute oder besser noch dann in der 2. Lesung präsentieren können, wie sich das mit den Verschiebungen verhält, was die Veränderungen in der Gemeinderatsvorlage, aber auch die zusätzlichen Veränderungen der KKS bedeuten würden.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur damit kein Missverständnis entsteht. Meine Frage war eher die: Gibt es eine Prognose, wie gross denn dieser Kuchen werden sollte, wenn man das Reglement umsetzt? Denn ich habe es 11 x Daumen mal ausgerechnet und wir waren auf der Website der Gemeinde Allschwil. Wir haben hier ein Vereinsverzeichnis, das wird wahrscheinlich nicht abschliessend sein. Ich kam auf 57 Vereine. So kommen wir auf ungefähr 85'500 Sockelbeiträge, die bezahlt werden müssten. Und nun weiss ich natürlich nicht, wie viele Vereinsmitglieder es hat. Aber so, wie ich das heraus gespürt habe, ist das auch etwas, was die Gemeinde effektiv auch schlicht nicht weiss, wie viele Vereine es in Allschwil gibt, die nicht in diesem Verzeichnis stehen, weil sie sich nicht gemeldet haben. Stichwort Kommunikation. Man weiss auch nicht, wie viele Mitglieder es in diesen Vereinen gibt, ausser natürlich in jenen, die bisher bereits Subventionen beantragt haben und im Bericht des Gemeinderats ersichtlich sind. Das ist so in etwa das, was ich mitgenommen habe. Ich glaube, diese Prognose, wie es sich entwickeln wird, wäre hochinteressant für die Enddiskussion in der KKS.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. So frage ich den Rat an, ob eine zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. So kommen wir zur 1. Lesung, zur paragraphenweisen Beratung des Reglements.

REGLEMENT ZUR AUSRICHTUNG VON UNTERSTÜTZUNGSBEITRÄGEN AN VEREINE UND ANDERE ORGANISATIONEN (BEITRAGSREGLEMENT)

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Ziel Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 2 Zweck Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 3 Geltungsbereich Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 4 Begriffe Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 5 Grundsätze Seite 3

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben in Abs. 4 eine Negativliste, an wen keine Beiträge ausgerichtet werden. Es ist für mich nachvollziehbar, dass man den Landeskirchen und Kirchgemeinden, Religionsgemeinschaften etc. keine jährlichen Beiträge und Sockelbeiträge ausrichtet. Nun ist es aber so, dass es durchaus vorkommt, dass Organisationen aus einem kirchlichen oder religiösen Bereich gewisse Projekte sozialer Art beispielsweise durchführen, die an sich als Projekt nicht religiös sind. Diese wären dann aber auch ausgeschlossen. Hinzu kommt noch «Organisationen mit weltanschaulichem Charakter» sollen auch ausgeschlossen sein. Mir ist nicht ganz klar, was das für Organisationen sein sollen. Ich weiss nicht, ob es im sozialen Bereich Organisationen gibt, bei denen man nicht auch sagen könnte, die haben einen gewissen weltanschaulichen Charakter. Hat man es durchdacht, was es in Bezug auf die Projektbeiträge bedeutet? Danke schön.

B. JÄHRLICHE VEREINSBEITRÄGE

§ 6 Jährlicher Beitrag Seite 3

keine Wortmeldungen

§ 7 Abgeltung für besondere Leistungen Seite 3

keine Wortmeldungen

C. EINMALIGE BEITRÄGE AN PROJEKTE

§ 8 Voraussetzungen Seite 3

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Auf meine letzte Frage habe ich keine Antwort erhalten. Deshalb frage ich nun ganz konkret die KKS oder das Präsidium der KKS: Bestimmt ist hier bei den Projektbeiträgen, dass es einmalige sein sollen. Mir ist nicht ganz klar, was einmalig heisst. Heisst das, ein Verein, der in einem Jahr ein Projekt durchgeführt hat, kann im nächsten Jahr nicht wieder mit einem kommen? Oder heisst das, das Projekt darf nur in einem Jahr stattfinden oder was auch immer? Meine Frage: Was hat man sich dabei überlegt und wäre es nicht besser, das Kriterium «einmalig» fallen zu lassen und einfach zu sagen «Beiträge an Projekte» und entsprechend dann auch in § 8? Danke schön.

Christoph Morat, Gemeinderat: Zur ersten Frage, Matthias Häuptli, die du bei § 5 gestellt hast, «mit weltanschaulichem Charakter». Ich nehme diese Frage gerne mit und wir schauen noch einmal, ob

wir das etwas genauer umschreiben können. Wir werden das dann der KKS so weitergeben und werden es auch in der 2. Lesung genauer erklären können oder dann halt ein besseres Wort finden. Die Meinung ist einfach die: Es muss ja nicht immer nur Religiöse haben. Sondern man hatte in der Vergangenheit Vereinigungen, die einen weltanschaulichen Charakter haben, der vielleicht gewisse Gruppen oder gewisse Menschen ausschliesst. Das wollte man hier einigermaßen aufführen. Das Wort «weltanschaulich» hat weder in der Kerngruppe, noch in der Steuerungsgruppe, noch im Gemeinderat zu wahnsinnigen Diskussionen geführt. Sondern man hat einfach gesagt, es geht im Grundsatz um Vereine, die sich entweder um Kultur, Sport oder um die Jugend kümmern. Was man ausschliessen wollte, sind tatsächlich Religionsgemeinschaften mit religiösem Charakter. Dann gibt es aber auch ein paar, die nicht unbedingt religiös sind. Dort wollte man halt auch eine Grenze ziehen. Aber ich werde es noch einmal in der Steuerungsgruppe anschauen, und wir werden mit einer besseren Erklärung in die 2. Lesung kommen.

Zur zweiten Frage bei § 8 mit der Einmaligkeit: Es ist so, selbstverständlich kann ein Verein auch mehrere Projekte in einem Jahr eingeben. Es ist nicht ein Projekt pro Jahr gemeint, sondern es hat eher einen Bezug zum Projekt. Ein Verein kann nicht sagen, unsere wöchentlichen Übungen oder unsere monatlichen Sportwettbewerbe sind jedes Mal ein Projekt. Das würde sich dann ja wiederum in den jährlichen Beiträgen widerspiegeln. Sondern das Projekt soll einmalig sein. Wenn nun z.B. ich sage mal ein Kammerorchester zwei oder drei Konzerte gibt, kann sie das selbstverständlich jeweils als einmaliges Projekt eingeben. Denn meistens ist es ja dann wirklich einmalig, es kommt nicht dreimal dasselbe. Das würde irgendwann auch weniger Zuhörerinnen und Zuhörer generieren. In diesem Sinne ist «einmalig» gemeint, es muss klar als Projekt sichtbar werden und nicht als wiederkehrende Vereinstätigkeit, die in einem gewissen Abstand ausgeführt werden. Das soll klar vom jährlichen Vereinsbeitrag getrennt werden.

Simon Trinkler, Präsident KKS: Danke, Christoph Morat, für diese Ausführungen. Wir haben das genauso verstanden in der KKS, wie auch dort die Ausführungen gemacht wurden. Das entspricht unserem Verständnis, dass das eben einmalig auf ein Projekt gemünzt ist.

§ 9 Höhe des Beitrags Seite 4

keine Wortmeldungen

D. BEITRÄGE AN REGIONALE INSTITUTIONEN

§ 10 Grundsätzliches Seite 4

keine Wortmeldungen

E. MODALITÄTEN DER BEITRAGSGEWÄHRUNG

§ 11 Gesuch und Verfahren Seite 4

keine Wortmeldungen

§ 12 Zuständigkeit Seite 4

keine Wortmeldungen

§ 13 Rückforderung Seite 4

keine Wortmeldungen

§ 14 Härtefälle Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 15 Rechtsmittel Seite 5

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Hier möchte ich ganz kurz meine Freude zum Ausdruck bringen, dass hier nun wieder von Rechtsmittel und nicht von Rechtsschutz die Rede ist, nachdem es bezüglich Abänderungsantrag beim Abfallbewirtschaftungsreglement bekannterweise nicht durchgekommen war. Also, ich habe riesige Freude.

§ 16 Öffentlichkeit Seite 5

keine Wortmeldungen

F. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 17 Übergangsbestimmung Seite 5

keine Wortmeldungen

§ 18 Inkrafttreten Seite 5

keine Wortmeldungen

Henry Vogt, Präsident: Sofern es keine Wortbegehren gibt, stelle ich fest, dass die 1. Lesung damit abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge der Kommission gemäss Bericht erfolgt erst im Anschluss der 2. Lesung in der November-Sitzung.

Nun haben wir die Mikrofone ausreichend strapaziert. Entsprechend machen wir nun eine Pause bis 20 Uhr. Danke schön.

PAUSE

Henry Vogt, Präsident: Schön, dass ihr alle sitzt. Wir kommen zum Info-Fenster des Gemeinderats.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe ja letzte Woche hier ausführlich über das Projekt Schulraumplanung Phase 2 berichtet. Wir haben Ihnen aufgezeigt, wie das abläuft. Ich möchte melden, dass unterdessen die ersten drei Punkte des Auftraggebergremiums verabschiedet sind. Und zwar, wie Sie hier sehen, betrifft das

- I Die rechtlichen Vorgaben des Kantons und die Handlungsspielräume der Gemeinde sind bekannt.
- II Die strategischen Ziele der Schulraumplanung sind festgelegt.
- III Der bestehende Schulraum ist analysiert, die Analyseergebnisse sind von den Projektauftraggebern akzeptiert.

Den ersten zwei Punkten hat das aus den Gemeinderäten, den Schulräten mit Stimmrecht und den Musikschulräten mit Stimmrecht bestehende Auftraggebergremium, wie gesagt, am 30.9. einstimmig zugestimmt. Und Punkt III haben wir gestern beschlossen. Danke schön.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie Sie wissen, haben wir noch ein Einwohnerrats-Workshop zum Kulturleitbild am 2. November. Dieser findet von 18.30 bis 21 Uhr statt. Hierzu wurden alle Fraktionen angeschrieben. Ich kann mitteilen, dass sich verschiedene Fraktionen bereits gemeldet haben. Das ist sehr erfreulich. Denn uns ist es ganz wichtig, dass wir alle Fraktionen einbeziehen können. Von den Fraktionen, die sich gemeldet haben, haben wir eine Rück-

meldung von der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, von der SP, von der SVP und der AVP. Somit bitte ich die CVP/Mitte oder Mitte/CVP und die FDP, noch entsprechende Personen zu nominieren, damit wir hier am 2. November von 18.30 bis 21 Uhr diesen Kulturworkshop durchführen können. Damit Sie wissen, auf welchem Stand wir nun beim Kulturleitbild sind. Es ist ein bedeutungsvoller Teil, damit wir auch weiterarbeiten können und auch der Einwohnerrat einbezogen ist. Der Gemeinderat möchte, dass das wirklich so ist, dass, wenn wir dann mit diesem Geschäft in den Gemeinderat zur Information kommen, wir alle Gruppierungen einbezogen und dass wir niemanden vergessen haben. Ich bitte noch einmal, vor allem CVP und FDP, Leute zu nominieren. Selbstverständlich können alle vierzig Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte kommen. Es sind eigentlich alle eingeladen, aber von jeder Fraktion mindestens zwei. Besten Dank.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte noch schnell einen Nachtrag zu Traktandum 2 anbringen. Es wurde gewünscht, dass man versucht, eine Anzahl Jugendliche zu interpolieren, wie viel das im Vergleich zu heute ausmacht. Das Problem wird allerdings sein, wir haben diese Daten nicht. Wir haben nur Daten bis 20, also, wer bis jetzt erwachsen ist oder wer bei den Vereinen nach den Jugend & Sport Kriterien als Erwachsener gilt. «25» haben wir nicht. D. h. es wird erhebliche Schwierigkeiten geben, hier auch nur annähernd ein Mengengerüst zu erstellen. D. h. man müsste sämtliche Vereine, die in Allschwil sind, fragen, wie die Altersverhältnisse in ihren Vereinen sind. Ich möchte hier vor allzu grossen Erwartungen warnen. Wir versuchen, dass wir einigermaßen eine Schätzung hinbekommen. Aber eine einfache Geschichte wird das nicht. Einfach, dass sich der Einwohnerrat das bewusst ist, dass der Antrag der KKS nicht so einfach zu einer Prognose führen kann, wohin es finanziell geht.

Henry Vogt, Präsident: Kommen wir zu Traktandum 3.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 21.9.2022, zum Postulat von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021 betreffend Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz, sowie zur Motion von Miriam Schaub, Grüne, Christoph Ruckstuhl, EVP, Pascale Uccella, AVP, Florian Spiegel, SVP, und Etienne Winter, SP, vom 6.4.2022 betreffend Wiederaufnahme Umgestaltung Lindenplatz, Geschäft 4596 / A
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4610 / A

Henry Vogt, Präsident: Geschäftsvertreter Robert Vogt ist krankheitshalber abwesend, daher übernimmt Christoph Morat. Die Rednerreihenfolge wäre zuerst die antragstellende Person, der Gemeinderat und anschliessend die Fraktionen. – Die antragstellende Person oder -antragstellenden Personen? Bitte.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Anwesende. Wir sind halbwegs enttäuscht über die Antwort auf das Postulat Zwischennutzung des ehemaligen Kiosks am Lindenplatz. Das nicht nur einfach, weil der Dialoggruppe die ganze Verantwortung zugespielt wird, um dort quasi ein Zwischennutzungsprojekt zu etablieren, sondern auch weil inhaltlich dazu irgendwie herzlich wenig geschrieben ist. Es steht da speziell eigentlich nur, was der Wasseranschluss kosten würde, wenn man ihn installieren würde, nämlich 10'000 Franken. Wem aber der Kiosk gehört und was für Varianten es allenfalls gäbe resp. was solche Varianten kosten würden, wenn man den Brettverschlag wieder wegnimmt und das Ganze ein wenig aufmöbeln würde, sodass man ihn z.B. während des Marktes nutzen könnte, oder als Stand oder Ähnliches, gibt es keine Grundlage. Da hätte ich mir mehr Kreativität und Enthusiasmus gewünscht und eine Übersicht, was das Ganze kosten könnte. So haben wir hier als Rat wie keine Grundlage, um überhaupt sagen zu können, jawohl, das wäre doch was. Deshalb möchte ich beantragen, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird, und man allenfalls noch einmal über die Bücher geht.

Henry Vogt, Präsident: Allenfalls die antragstellende Person der Motion?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Wie alleweil würden wir gerne dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, seinen eigenen Bericht zuerst vorzustellen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist nicht ein ganz einfaches Unterfangen. Ich habe kurz vor der Sitzung die Notizen von Robi Vogt, der leider krank darniederliegt, erhalten und habe mich noch schnell etwas umfangreicher in dieses Geschäft einlesen müssen. Es ist so. Die Zwischennutzung verlangt in jedem Fall Sofortmassnahmen. Ein Beispiel war das WC, das einen Wasseranschluss braucht, das einen Kanalisationsanschluss braucht. Es braucht auch eine Beleuchtung. D. h. wir nehmen dort schon für diese Sofortmassnahmen etwas Geld in die Hand. Demzufolge hat der Gemeinderat der Verwaltung keinen Auftrag gegeben, dass sie irgendwelche Sofortmassnahmen so schnell wie möglich ergreifen soll. Denn wir gehen davon aus, dass hoffentlich viele Leute am Dialogprozess teilnehmen, der uns eigentlich sehr wichtig ist, der am nächsten Montag, 24. Oktober um 19 Uhr hier im Saal Gartenhof stattfinden wird, - somit wäre der Werbespot auch abgehandelt – Sie sehen ja überall die blauen Schilder in Allschwil, die sind überall relativ prägnant und hoffentlich gut sichtbar. Es ist dem Gemeinderat unglaublich wichtig, dass die Wiederaufnahme dieser Umgestaltung vorwärtsggeht. Deswegen haben wir schon von uns aus einen kleinen Betrag ins Budget des laufenden Jahrs genommen. Das konnten Sie den Unterlagen entnehmen. Wir haben auch vorwärtsgemacht, wir haben ein spezialisiertes Büro für Kommunikation, das Kommunikationsbüro Rihm beauftragt. Sie werden diesen Dialogprozess begleiten. Einerseits noch in diesem Jahr mit dem Auftakt am kommenden Montagabend, andererseits auch in der Begleitung der Dialoggruppe, die dann diese Ziele eigentlich wieder festlegen soll. Es ist für den Gemeinderat bedeutungsvoll, dass allfällige Gräben, die sich aufgetan haben, man konnte das auch im BaZ-Bericht von anfangs Woche lesen, dass einmal überprüft wird, gibt es überhaupt noch Gemeinsamkeiten, meiner Meinung nach gibt es ganz viele Gemeinsamkeiten, was soll entstehen und was kann entstehen und was ist die zukünftige Nutzung vor allem auf dem Lindenplatz, welche Nutzungen sollen dort überhaupt möglich sein.

Die Ziele dieses Dialogprozesses sollen sein, dass man Wege aus der Blockade findet, dass man wieder handlungsfähig ist, sodass Sie hier in nächster Zeit, also im nächsten Jahr, konkret auch wieder eine Vorlage haben, über die Sie etwas beschliessen und womit Sie den Prozess weiterbringen können. Wichtig ist uns auch, dass wir eine Transparenz schaffen, dass wir eine breite Abstützung finden und eben ein gegenseitiges Verständnis, sei es von den Gewinnern der Abstimmung resp. des Referendums oder sei es von jenen Leuten, denen der Lindenplatz im jetzigen Zustand einfach nicht gefällt. Es sollen alle Perspektiven und Bedürfnisse betreffend Lindenplatz vertreten sein und zu Wort kommen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat auch die verschiedenen Anspruchsgruppen eingeladen. Die Gruppierung Lindengrün wurde von Kollege Robert Vogt persönlich zur Startveranstaltung von Montagabend eingeladen. Das Ergebnis des ganzen Prozesses soll dann auch sein, dass wieder eine Stossrichtung zur Aufwertung des Lindenplatzes entsteht, sodass eine Zwischenlösung, die eigentlich nur teuer ist und unter Umständen auch gewisse Realitäten schaffen würde, die man im jetzigen Augenblick vielleicht noch nicht sieht, vielleicht nicht zum Ziel führt. Es soll auch ein Anforderungskatalog zu Funktionen, zur Atmosphäre, zu Qualitäten, aber in erster Linie zu den Nutzungen entstehen. Dabei wird auch auf bestehenden Teilen aufgebaut, soweit dies unbestritten ist. Z.B. der Erhalt der Bäume. Dies war im Abstimmungskampf ein sehr schlimmes Thema, weil kolportiert wurde, dass diese Bäume verschwinden sollen. Jene, die in diesem Prozess dabei waren, wissen ganz genau, dass der Erhalt dieser alten, schönen Bäume eine zwingende Vorgabe war, und dass ein Büro, das sich nicht daran gehalten hatte, auch tatsächlich auf dem letzten Platz landete, weil man diesen Vorschlag überhaupt nicht angeschaut hat.

Es ist tatsächlich so, aus der Sicht von Simon Trinkler, das kann ich nachvollziehen, dass die Antwort über eine Zwischennutzung vielleicht nicht ganz so befriedigend ausfällt. Ich muss hier im Namen des Gemeinderats aber sagen, wir haben im Moment auch gar keine Möglichkeiten, um irgendwie irgendetwas noch im Voraus zu finanzieren. Dazu müsste entsprechend auch Geld irgendwo auf einem Konto liegen. Diese 70'000, die der Einwohnerrat für das laufende Budget bewilligte, waren eigentlich nur für Planungsarbeiten gedacht. Man kann selbstverständlich in der Novembersitzung resp. Dezembersitzung kann man ein Budgetpostulat für das nächste Jahr eingeben, sodass wir dann allenfalls doch noch irgendwo Geld haben, das der Gemeinderat dann gegebenenfalls für kleinere Massnahmen einsetzen könnte. In diesem Sinne und Geist bitte ich Sie, die Abschreibung der beiden Vorstösse zum Lindenplatz nun zu beschliessen. Besten Dank.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Dialogprozess mit allen Stakeholdern sind so Schlagwörter, die man in den vergangenen Sitzungen immer wieder gehört hat und auch immer wieder hört. Was aber in diesem Prozess bedeutungsvoll scheint, ist, dass man wirklich auch zu zielführenden Ergebnissen kommt. Das könnte auch in vielen Fällen auch angezweifelt werden. Simon hat es bereits ein wenig angesprochen: Was unserer Fraktion in diesem Bericht eigentlich vehement fehlt, vielleicht existiert das auch, das sind so Vorstellungen und Vorgaben, die

man auch seitens Gemeinde in diesen Dialogprozess einbringen sollte. Denn im Moment, so wie es beschrieben ist, gibt man den Ball eigentlich komplett an diese Begleitgruppe. Es gibt weder irgendein Rahmen noch Budgetrahmen, in dem man sich bewegen darf. Man kann eigentlich in diesem Dialogprozess irgendwie über alles Mögliche diskutieren und debattieren, was schlussendlich anschliessend gar nicht umsetzbar ist, weil es schlichtweg nicht funktioniert. Wir glauben, das ist eigentlich nicht wirklich zielführend. Deshalb möchten wir einfach wirklich beliebt machen, dass, wenn diese Dialogprozesse geführt werden, man auch Rahmenbedingungen stellt und klare Vorgaben umschreibt, wo man überhaupt hin will. Wir denken auch, vor allem in einer Budgetdimension müsste man sich an diesem Betrag wahrscheinlich, also am Maximalbetrag, orientieren, der auch letztes Mal bei der Volksabstimmung erwähnt wurde. Nicht dass man dann irgendwie ein Projekt hat, das 10 Mio. kostet, eigentlich absolut keinen Mehrwert generiert. Dann hat man einfach mal wieder in einem grossen Plenum darüber diskutiert, wobei man schlussendlich nicht zu einem zielführenden Ergebnis kommt, das keinen Mehrwert bringt. Das sind einfach so ein wenig unsere Gedanken zu diesem ganzen Bericht und dem Vorgehen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin eben gerade ein wenig baff. Als wir noch die FDP angefragt haben, ob sie diese Motion unterschreiben möchte, hat sie gesagt, nein, jetzt wollen wir dem Gemeinderat den Ball in die Hand geben, wir wollen keine Vorgaben machen und keine Erläuterungen, wie sie vorgehen wollen. Ich konnte sie leider nicht dazu bewegen, es auch zu unterschreiben. Alle anderen Parteien, die unterzeichnet haben, die haben gesagt, nein, wir tragen eine Mitverantwortung, wir lassen den Gemeinderat nicht im Stich. Wir haben es im ersten Anlauf nicht geschafft, es gab ein Referendum. Aber trotzdem wollen wir eine Umgestaltung, wollen wir, dass wir weiterkommen. Das ist eigentlich der Gedankengang, die Thematik noch einmal aufnehmen. Ich danke allen Leuten, die das getan haben. Wir haben, glaube ich, eine Ausleageordnung. Viele haben gesagt, das bringe nichts. Ich finde, es ist ein wichtiges Symbol, dass wir es als Einwohnerrat auch mittragen, dem Gemeinderat Rückenwind verleihen und auch dieser Steuerungsgruppe, die sich nun eigentlich auch mit Unterstützung der Ratsmehrheit dem neuen Projekt oder der Erarbeitung des Projekts annehmen darf. Das einfach dazu. Merci.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Merci. Letztendlich geht es eben genau um eine Zwischennutzung. D. h. eben eine Lösung, die man jetzt umsetzen kann, ohne dass das zuerst noch langwierig vielleicht in diese Dialoggruppe geht und dann vielleicht in zwei Jahren ein Entwurf für eine Zwischennutzung vorliegt, die in einem weiteren Jahr umgesetzt wird. Sondern, eine Zwischennutzung soll ja auch heissen, dass man es günstig umsetzen kann, d. h. es muss nicht einmal einen Wasseranschluss haben. Aber schöner wäre es auf jeden Fall, wenn man mal die Bretter entfernen könnte, damit man es eben z. B. als Marktstand nutzen könnte oder für sonst eine Veranstaltung oder einfach mal ausschreiben, ob ein Verein Interesse daran hätte, das in irgendeiner Form zu bespielen. Ich denke, das wäre ein Ansatz, der ganz wenig kosten würde, den sogar der Werkhof umsetzen könnte. Schöner wäre es, wie zuvor erwähnt, als das, was man jetzt hat. Deshalb möchte ich auch bitten, dass man dieses Postulat stehen lässt, sodass wir ein Budgetpostulat vorbringen können, und überhaupt eine Grundlage haben, um anschliessend die kleinen Mittel für eine solche Zwischennutzung einsetzen zu können. Deshalb noch einmal der Appell an den Rat: Bitte das stehen lassen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Der Lindenplatz ist mir nach wie vor wichtig. Was ich noch betonen möchte, ist, der Platz ist relativ klein, und wir behandeln das, als wäre er mindestens so gross wie die Wegmatten und man in etwa das Zehnfache tun könnte wie in der Wegmatten. Das ist eine Illusion. Was aber der Lindenplatz ist, er ist wahrscheinlich die längste Sackgasse der Welt, politisch die längste Sackgasse. Ich wäre froh, man würde jetzt aus dieser Sackgasse herausfinden. Das Büro Rihm hatte bereits 2014 einen Dialogprozess mit Protokoll durchgeführt, worin festgehalten ist, was damals daraus resultierte. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass sich noch einmal etwas anderes ergibt. Wie erwähnt, der Lindenplatz ist klein, da kann man nicht so viele Dinge, unterschiedliche Dinge anbringen. Was mich ein wenig nervt, ist das Geld, das man hier immer ausgibt. Es wurden bis jetzt ungefähr 300'000 Franken für Planungen und Dialogprozesse und für Untersuchungen usw. ausgegeben, und auf diesem Lindenplatz gibt es noch nicht ein einziger Grashalm mehr.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben in der Fraktion auch das mit der Zwischennutzung, die Beantwortung nicht sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Es gäbe doch auch ganz einfache Möglichkeiten, wie man immerhin die Fassade zwischennutzen könnte. Man könnte sie freigeben, damit Künstler sich darauf auch noch temporär verewigen könnten. Oder andere kleine Möglichkeiten wären denkbar, die auch nicht viel Geld kosten würden, bei denen man die Wasserleitung neu legen oder neu anschliessen müsste. Ob das nun unbedingt notwendig

ist, dass wir das Postulat deshalb stehen lassen, sei dahingestellt. Wir werden uns aber sicher in nächster Zeit dafür einsetzen, damit nicht wie im Moment ein so verlotterter Kiosk stehen bleibt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren, lieber Urs. Ich kann die FDP beruhigen. Auf dem Plakat stehen genau diese Punkte in anderen Worten, als du sie und wie du auch eure Bedenken formuliert hast. Es steht hier nämlich: Alle Perspektiven zusammenbringen, Erkenntnisse aus dem bisherigen Prozess beleuchten. Dazu gehört ganz bestimmt auch das, was der Einwohnerrat hier eigentlich mit sehr grosser Mehrheit, ich glaube gegen eine Stimme, damals beschlossen hatte. Das sind natürlich schon Dinge, wir beginnen hier nicht bei null. Und Ueli Keller hat natürlich auch recht, oder gewisse Dinge wurden schon einmal notiert, wurden bereits einmal weiterverfolgt. Man wurde sich auch nach diesem Prozess irgendwann nach zwei Zusatzschlaufen auch im Einwohnerrat einig und sagte, jawohl, so geht das. Dann hat man in einem, muss ich wirklich sagen, in einem gemeinsamen Kraftakt bemerkt, das, was man aus diesem Varianzverfahren gezogen hat, ist eine gute Lösung, ist die beste Lösung. Weshalb es dann an der Urne scheiterte, versuchten wir auch in der Nachwahlbefragung herauszufinden. Auch daraus wurden wir nicht ganz schlau, was denn nun tatsächlich ist. Denn die einen haben gesagt, es muss grün bleiben, die anderen haben gesagt, es müssten verschiedene Nutzungen möglich sein, es muss ein WC vorhanden sein, etc., alles das, was nun auch schon ein Stück weit vorhanden ist. Natürlich ist es vorhanden, aber, der Gemeinderat stellt auch aufgrund von unterschiedlichen Leserbriefen und immer wieder in verschiedenen Gesprächen einfach fest, dass hier schon zum Teil Gräben entstanden sind, darüber hinaus man sich jetzt endlich die Hand geben und sich fragen sollte, wie arbeiten wir jetzt gemeinsam. Dass ein Büro damit beauftragt wurde, welches die ganze Thematik am Lindenplatz bereits kennt, kann auch ein Vorteil insofern sein, als man tatsächlich auch schon ganz viel darüber gesprochen hat. Wie du erwähnt hast, ist es kein besonders grosser Platz. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Lindenplatz von Fassade zu Fassade ungefähr so gross ist wie der Marktplatz in Basel. Insofern versuchen wir mit diesem Prozess, Basis für tragfähige Lösungen zu finden und diese Erkenntnisse auch weiterzutragen. Insofern kann ich die FDP-Fraktion hier beruhigen, dass es im Gemeinderat und in der Steuerungsgruppe durchaus Beachtung fand, und dann hoffentlich auch im zukünftigen Prozess ab Montagabend auf diese Weise zum Erfolg führen wird.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Gut, ich kann es mir nicht verkneifen, zu sagen, dass das, was aus dem Dialogprozess 2014 herauskam, nicht dem Projekt entsprach, welches der Einwohnerrat begutachtet und zur Umsetzung empfohlen hatte. Das entsprach nicht dem Projekt von 2014. Ich erwähne das nicht, um jemanden zu kritisieren oder in die Pfanne zu hauen, sondern das sollte Gottfried Stutz nicht noch einmal geschehen. Es sollte nicht wieder passieren, dass man einen Dialogprozess durchführt und dann etwas anderes unternimmt, etwas technokratisch Schlaues.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Präsident, liebe Anwesende. Ich möchte einfach noch schnell persönlich zum Ausdruck bringen, ich kann die Einschätzung von Ueli Keller nicht teilen. Ich war im 2014 an dieser Veranstaltung. Auch wenn nicht alles, was dort gesagt wurde, nicht im Projekt war, waren trotzdem einige Elemente vorhanden. Es können ja auch nicht alle aufgenommen werden, weil sie sich zum Teil auch widersprechen. Ich glaube, wir müssen uns nun wirklich entscheiden, möchten wir, dass der Lindenplatz so bleibt wie er ist und noch mehr verlottert oder dass etwas Neues entsteht. Wenn etwas Neues entstehen soll, dann müssen wir alle Kompromisse eingehen und vielleicht eben genau diese Gräben zuschütten. Einfach über irgendwelche Grashalme zu diskutieren, bringt es wirklich nicht mehr.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja, Ueli Keller, ich kann einerseits deine gewisse Enttäuschung nachvollziehen. Andererseits haben wir tatsächlich auch eine Spezialgruppe Lindenplatz im Einwohnerrat. Dabei ist jede Fraktion, jede Fraktion von damals, war in dieser Gruppe dabei und hätte dort den Finger draufhalten und sagen können, das und jenes kommt ins Varianzverfahren, ins Programm rein. Wenn eure Fraktion das nicht genau so gesehen hat oder sich nicht durchsetzen konnte, ist das halt auch Teil dieser Schlaufe, dieses politischen Prozesses, den wir tatsächlich im grossen Stil in zwei Runden durch den Einwohnerrat verfolgt haben. Ich habe hier nicht das Gefühl, dass irgendetwas wahnsinnig Wichtiges aus dem Dialogprozess 2014, bei dem ich ebenfalls dabei war, tatsächlich unter den Tisch gefallen ist. Das glaube ich nicht und bin auch fest davon überzeugt. Es ist einfach unter Umständen ganz anderen Themen geschuldet, dass das letzte Projekt leider an der Urne nicht durchgekommen ist. Jetzt sind wir eigentlich alle aufgefordert, ein Stück weit aufeinander zuzugehen, den Dialog wieder aufzunehmen. Deshalb heisst es ja auch Dialog. Und dass wir wirklich einen Prozess in Gang bringen, der auch tatsächlich in nächster Zeit zum Erfolg führt, sodass wir dieses Thema Lindenplatz nicht mehr als Sackgasse betrachten, sondern als Teil des Weges in eine gute Zukunft des grössten Quartiers in Allschwil, von Neuallschwil und vom Lindenplatz.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob eine zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das wird es nicht. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4596 A und 4610 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat, Geschäft 4596, «Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz» wird als erledigt abgeschrieben.

Ich will dazu sagen, hier ist der Antrag von Simon Trinkler auf Nichtabschreiben implementiert.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Demnach stelle ich den Antrag auf Zurückweisung an den Gemeinderat.

Henry Vogt, Präsident: Der Antrag hiess Nichtabschreiben! Möchten Sie jetzt den Antrag an den Gemeinderat zurückweisen? – Also: Wenn es nicht abgeschrieben wird, ist es ja automatisch wieder beim Gemeinderat. Stimmen wir ab:

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat, Geschäft 4596, «Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz» wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dafür ist, soll das gelbe Kärtli heben. Danke schön. Dagegen? Enthaltungen?

://

Sie haben mit Ja 17, mit Nein 18 und 4 Enthaltungen abgestimmt. Somit wird es nicht als erledigt abgeschrieben.

2. Die Motion, Geschäft 4610, «Wiederaufnahme Umgestaltung Lindenplatz» wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dafür ist, bitte die gelbe Karte zeigen. Danke schön. Dagegen? Enthaltungen?

://

Somit wird diese Motion grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung als erledigt abgeschrieben.

Es gibt zur Motion noch eine Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft, diese **Motion als Ganzes erledigt** haben will, bitte jetzt anzeigen.

://

Das ist einstimmig. Danke schön.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Matthias Häuptli, GLP, vom 11.5.2022, betreffend Fragen zur «Spange Oberwilerstrasse»

Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4614 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist zuerst der Interpellant, Matthias Häuptli, anschliessend Gemeinderat Franz Vogt.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich bin aber nicht ganz befriedigt, es ist alles ein wenig vage. Man will das Thema eigentlich so ein wenig auf die Zukunft verschieben und sich nicht so richtig jetzt damit befassen. Ich glaube aber, das wäre notwendig gewesen. Denn, ich muss

sagen, ich weiss ja nicht, ob diese Spange Oberwilerstrasse eine sinnvolle Sache wäre oder nicht. Ich sehe aber das Potenzial, die sie hätte, um den Dorfkern zu entlasten. Ich sehe natürlich auch die gewissen Auswirkungen, die sie im Bereich Binningerstrasse bringen würde. Der Punkt ist, wenn dort dann mal alles neu überbaut ist, wird man eine solche Spange gar nicht mehr realisieren können, auch wenn man zum Schluss kommt, dass sie eine gute Sache wäre, weil der Widerstand einfach zu gross sein wird. Auch wenn wir noch lange in den Richtplan und danach in die Zonenpläne eine Trassee Sicherung schreiben, muss man sich bewusst sein, dass mit dieser Transformation viele Leute dort hinziehen werden. Diese werden Widerstand leisten, wenn man dann in 15 oder 20 Jahren dort eine Strasse bauen will. Dann ist diese Option einfach vom Tisch, ohne dass wir sie wirklich vertieft prüfen konnten, ob wir sie wollen oder nicht. In diesem Sinn scheint es mir eine verpasste Chance zu sein, wenn man dieses Thema nun einfach auf die lange Bank schiebt. Danke schön.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Ja, ihr habt den ausführlichen Bericht gelesen, ich gehe in diesem Sinn nicht mehr weiter darauf ein. Ich habe gehört, dass Matthias Häuptli nicht richtig zufrieden ist. Es ist aber schon so, dass man das vom Kanton her wirklich relativ vertieft abgeklärt hat, und man kam zum Schluss, dass zumindest zum jetzigen Zeitpunkt der Aufwand deutlich höher wäre, als das, was man dann erhalten würde. Rein Verkehrlich gesehen, würde das allein schon mal nicht funktionieren. Es gäbe keine wirkliche Entlastung des Dorfes, ohne dass man flankierende Massnahmen ergreifen würde. Das würde heissen z. B. Sperren der Oberwilerstrasse oder eben auch gewisse Massnahmen in der Spitzwaldstrasse, sonst haben diese Simulationen ergeben, dass gar keine grosse Verlagerung geschehen würde. Man darf eines nicht vergessen: Es sieht auf dem Plan zwar relativ einfach aus, aber die Situation ist halt schon nicht ganz ohne. Man hat dort ein relativ starkes Gefälle, das man dort überwinden muss. Das ist relativ steil. Es gibt dort auch Wald und es würde den Naturschutz tangieren. Es wäre ein erheblicher Eingriff, den man dort vornehmen müsste. Der Kanton und auch wir kamen zum Schluss, dass es einen viel zu geringen Mehrwert für den Aufwand, den man dort betreiben müsste, geben würde. Trotzdem sagte der Gemeinderat, mindestens das Trassee aber muss gesichert werden, damit spätere Generationen immerhin doch noch die Möglichkeit hätten, das zu realisieren. Dies wird man dann, wie es halt immer bei politischen Dingen ist, so sein, wenn der Druck gross genug sein wird, realisieren können. Wir wissen auch nicht, wie der Individualverkehr dannzumal aussehen wird. Wir sprechen von einem späteren Zeitraum über frühestens 20 bis 30 Jahren, in dem man dort überhaupt so etwas realisieren möchte. Wie bis dahin der Verkehr aussieht, wissen wir heute nicht wirklich. Vielleicht wird er nicht sehr viel anders aus, dann werden die Bedenken überwiegen, die Matthias Häuptli hat. Aber dem Gemeinderat war es wichtig, dass es nicht komplett verhindert wird, aber wir sehen im Moment die Notwendigkeit nicht. Das Ergebnis würde aus Sicht des Gemeinderats den Eingriff nicht rechtfertigen. Das wären meine Ausführungen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Von diesen Ausführungen bin ich nun eigentlich noch mehr enttäuscht als von dem, was schriftlich festgehalten wurde. Denn, die ganzen Bedenken, die vorgetragen werden, die liegen alle auf der Hand. Um diese zu erfahren, hätte ich keine Interpellation eingeben müssen. Das ist ja logisch, dass Grundeigentümer im Bereich Binningerstrasse, wie es in der Interpellationsantwort steht, davon nicht begeistert sind. Klar, es schmälert natürlich den Mehrwert dieser Grundstücke. Man muss aber auf der anderen Seite sehen, das Ziel davon wäre, dass man die Oberwilerstrasse zwischen Spitzwald und Dorfkern zu einer Gemeindestrasse runter klassieren und entsprechend den Verkehr beruhigen könnte. Das wäre logischerweise eine grosse Chance für den Dorfkern, dass sich die Blechlawine, die sich jeden Tag dort durchwälzt, zu einem grossen Teil wegkäme. Es bleibt noch der Verkehr von Neuwiller und Schönenbuch, das ist klar. Aber von Oberwil her ist es ein relativ grosser Anteil, ist es der grössere Anteil. Diese Chance muss man doch erkennen, dass es eine ist. Wenn nun nur Bedenken aufgeworfen werden, frage ich mich schon, werden die Interessen denn einfach vernachlässigt und kleingeredet, nur weil man nun an der Binningerstrasse gerne gross aufwerten will, und das nur ein unnötiger Störfaktor wäre. Ich habe das Gefühl, das ist nun wirklich keine zukunftsgerichtete Interessenabwägung, die hier gemacht wird. Wie zuvor besprochen, ich glaube, man vergibt sich eine Chance, wenn man es nun einfach nur so auf die lange Bank schiebt und einfach mal nur viele Nachteile aufzählt, ohne sie wirklich ernsthaft abzuwägen. Danke schön.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, ich muss schon sagen, also auf die lange Bank schiebt man es nicht einfach so. Man hat es wirklich abgewogen. Das muss ich wirklich ganz deutsch und deutlich sagen, es hat nichts mit den Grundeigentümern dort zu tun. Null und nichts. Was ich zuvor erwähnt habe, dass es den Eingriff nicht rechtfertigt, das ist erstens strassenbaulich und zweitens der Eingriff in Natur und Landschaft. Dieser wäre nämlich sehr stark. Denn, geht mal schauen, was für eine wirkliche Steigung es ist, ohne Rampenbauwerk wäre das gar nicht möglich. Es wäre wirklich ein starker Eingriff. Die Entlastung dieser Blechlawine im Dorf, von der hier die Rede ist – also ich weiss nicht, ob die

so riesig wäre. Wenn man die Zahlen betrachtet, sind sie deutlich, und zwar deutlich kleiner als z. B. die Zahlen auf der Binningerstrasse. Es wird gerne davon gesprochen, dass es wahnsinnige Zahlen seien, aber das hält der Wirklichkeit nicht wirklich stand. Die Zahlen sind nicht so enorm, als dass es diesen grossen Eingriff rechtfertigen würde.

Henry Vogt, Präsident: Matthias Häuptli, soweit zufrieden mit dieser Antwort? Ich muss das fragen. Also. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Es liegt keiner vor, somit ist die Rednerliste eröffnet.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin etwas verwirrt. Von der Grünliberalen Seite möchte man, dass man in 15 Jahren noch eine Strasse bauen kann. Vom doch eher bürgerlichen Gemeinderat höre ich, dass man das nicht möchte. Ich bin nun eben gerade etwas verwirrt. Eine Chance zu sehen, in 15 Jahren eine Strasse zu bauen, Entschuldigung, das begreife ich nicht. Wir müssen jetzt endlich die Chance ergreifen, Strassen möglichst zu renaturieren. Ich werde der nächsten Strasse nur zustimmen, wenn irgendwo eine gleichwertige Strasse komplett renaturiert wird. Sonst sicher nicht. Dort soll Zukunft hinführen. Besten Dank.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Melina Schellenberg und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 9.6.2022, betreffend Rettungsbox für Kleinkinder
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4617 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Reihenfolge der Rednerliste ist Interpellanten Melina Schellenberg und Etienne Winter, anschliessend Philippe Hofmann.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte dem Gemeinderat für die gute, und das muss man jetzt auch mal sagen, auch rasche Beantwortung dieses Vorstosses danken. Es ist natürlich sehr erfreulich zu hören, dass unsere Feuerwehr bereits bestens ausgerüstet ist. Ich vertraue diesbezüglich selbstverständlich der Einschätzung des Feuerwehrkommandos und möchte mich an dieser Stelle ebenfalls für die gute Arbeit bedanken. Damit wäre für mich diese Interpellation auch erledigt und kann meiner Meinung nach guten Gewissens abgeschrieben werden. Besten Dank.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident, liebe Melina. Ich glaube, das ist mir noch nie passiert. Ich kann nur sagen, dem habe ich nichts weiter anzufügen. Ich bitte in diesem Fall ebenso, dass man diese Interpellation als erledigt abschreibt.

Henry Vogt, Präsident: Ich muss trotzdem fragen, ob die Interpellanten mit der Antwort soweit zufrieden sind.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Ja, also ich bin mit dieser Beantwortung zufrieden. Es war anscheinend nicht ganz klar aus meinem Votum herauszuhören. Ja, doch, ich bin mit der Beantwortung zufrieden. Vielen Dank.

Henry Vogt, Präsident: Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Es liegt keiner vor, entsprechend ist die Rednerliste eröffnet. – Es gibt keine Wortmeldungen, dementsprechend gilt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 1.6.2022, betreffend
Immer noch mehr Nachtfluglärm über Allschwil?

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4616 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist Ueli Keller, Grüne, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ganz so schnell bringe ich das nicht über die Bühne. Auch ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort und mich freut es, festzustellen, dass der Gemeinderat Allschwil das einzige, mir weltweit bekannte Exekutivgremium ist, das das Problem mit dem Fluglärm ernst nimmt. Das einzige, mir bekannte Exekutivgremium der Welt. Der Regierungsrat Basel-Landschaft machte sich im Landrat einigermaßen lächerlich über die Leute von Allschwil, die es einfach zu gut hören. Denn aus der Sicht des Regierungsrats Basel-Landschaft gibt es eigentlich kein Fluglärmproblem mehr. Der Regierungsrat Basel-Stadt hat mir bilateral geschrieben, dass es schon nicht so ganz toll ist, aber man muss halt schauen. Der Bundesrat hat geschrieben, man muss Verständnis haben, dass es mit dem Fluglärm Probleme geben kann. Der Gemeinderat Allschwil hat in dieser Interpellationsantwort eine Mischung von aus meiner Sicht zu gutgläubig und zu resignativ drin. Ich glaube dem Flughafen nicht mehr die Hälfte wie der Gemeinderat. Der Gemeinderat glaubt dem Flughafen immer noch die Hälfte von dem, was er erzählt. Resignativ hoffe ich, dass der Gemeinderat die andere Hälfte nimmt und wirklich an der Sache dranbleibt und nachdoppelt, so wie er das in seiner Antwort verspricht. Ich werde mir erlauben, nachzufragen, was das Nachdoppeln ergeben hat. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident. Ganz am Schluss stirbt die Hoffnung und damit auch der Glaube. Wenn man schon nicht mehr die Hälfte glauben kann, dann wird es natürlich schwierig, das ist klar. Ja, Ueli Keller, du sprichst es ein Stück weit an, das Problem ist so. Es wurden schon viele Male Dinge gesagt und trat dann nicht so ein. Gerade in diesem Fall haben wir ein exemplarisches Beispiel mehr, was gesagt wurde und was nicht eintritt. Ich möchte nicht mehr viele Details von dieser schriftlichen Antwort hervorholen, sondern auf zwei, drei Punkte eingehen. Richtigerweise müsste man nämlich zuerst einmal all jene Medienschaffenden bei der Nase nehmen, die es nicht fertiggebracht haben, den Ministerialerlass korrekt rüberzubringen. Zwar hat dieser Ministerialerlass nie gesagt, dass es ab 23 Uhr keine Flüge mehr gibt, sondern, dass es keine geplanten Flüge mehr sind. Und er hat auch nie gesagt, dass es nach dieser Zeit keine mehr gibt, sondern dass das Ziel einfach sein soll, 80 % der jetzigen Flugbewegungen zu reduzieren. Dieser Ministerialerlass ist ein relativ komplizierter Text auf Französisch, wenn man den sieht, erschlägt er einem, wenn man nicht Jurist ist. Und wenn man Jurist ist, muss man gut Französisch können, um herauszufinden, was genau drinsteht. Ich habe mir das Ganze erklären und übersetzen lassen und habe wahrscheinlich auch nicht die Hälfte verstanden, aber so die Quintessenz des Ganzen. Das wurde nun halt auch erzählt und herum geboten, dass es nach 23 Uhr keine Flüge mehr gäbe. Das war eigentlich schlichtweg nie die Ausgangslage. Das hat man einfach so subsumiert und den Leuten so zu verstehen gegeben, weil sich das medientechnisch als gute Geschichte verkaufen lässt und das andere schlichtweg zu kompliziert wäre. Das führte dazu, dass man merkte, es ist tatsächlich nicht so. Was eigentlich auch gut ist. Es ist auf Deutsch gesagt auch eine Sauerei oder ein Buebetrickli, dass man sagt, ja, nach elf Uhr keine geplanten Starts mehr, es gibt dafür ein riesiger Strauss an möglichen Ausnahmen. Alles andere geht vorher auf die Piste, dann geht eine grosse Schlange auf die Piste und fliegen dann mal ab. Also ich habe völliges Verständnis, wenn man hierzu verärgert ist. Absolut.

Dementsprechend werden wir auch nachhaken. Es ist bereits geplant, dass es ein nächstes Treffen geben wird, wieder mit dem Verwaltungsrat EuroAirport, wie wir das rund halbjährlich tun. Das letzte Treffen war am 4. Juli. Insofern ist eines im Herbst angesagt, aber ich weiss nicht auswendig, wann. Auch an diesem Treffen werden wir selbstverständlich wiederum fragen «Wie weiter in dieser Sache?». Denn es kann nicht sein, dass man einfach sagt, wir möchten gerne diese Nachtflugbewegungen reduziert haben, und man hat das einigermaßen reduziert, ganz zu Beginn im Januar, Februar. Aber kaum kommen dann die Ferienzeiten mit Ostern und dann vor allem im Sommer, ist das Ganze eigentlich keinen Schuss Pulver wert, sondern es geht wieder in dem Ausmass hoch, dass man nie im Leben in den Bereich von den 80 % kommt. Das muss man ganz klar mal festhalten. Diese Massnahme ist aus meiner Sicht auf jeden Fall nicht das wert, wie sie sein sollte. Dies werden wir dann am Treffen wieder ansprechen. Es muss eine Lösung geben. Das ist nur das eine, das ist das, was zwi-

schen 23 und 24 Uhr abgeht. Welche Konsequenzen das Ganze dann auch noch hat in den Stunden vorher, von 22 bis 23 Uhr ... auch dafür muss der Flughafen eine Lösung finden. Es kann nicht sein, das Problem einfach nach vorn zu verlagern, und dann kommen wieder alle Antworten und sagen, es ist halt so. Auch hier, das weiss der Verwaltungsrat bereits auch aus dem Treffen vorher, wir forderten schon immer – das habe ich, glaube ich, auch geschrieben – im Treffen vom 28. April, dass wir gesagt haben, schön und gut, dass ihr das Ganze macht, aber wir verlangen auch flankierende Massnahmen, um die Stunde vorher von 22 bis 23 Uhr schützen zu können. Jetzt ist es halt so, da muss man schon die gewisse Resignation hervorholen, das möchte ich auch gar nicht beschönigen.

Die Möglichkeit, die der Gemeinderat Allschwil hat, erschöpft sich im bilateralen Gespräch mit dem Verwaltungsrat. Wir haben keine rechtlichen Grundlagen, wir haben keine direkte Handhabe, wir können den Luftraum nicht sperren, wir haben das einfach nicht. Die Einflussnahme ist auf den Dialog beschränkt. Das ist das Einzige, was wir machen können. Bei der Unterstützung von politischer Seite haben wir bereits erfahren, wie das läuft, mit Bundesrat und Regierungsrat. Es ist nicht sehr falsch in der Wahrnehmung, dass da keine wahnsinnige Unterstützung kommt. Ein Kränzlein winden möchte ich dem Landrat, der es ständig wieder versucht, nicht zuletzt Vorstoss Hotz, der einfach mal sagt, ja gut, versuchen wir halt, wie es wäre, wenn man alles um eine halbe Stunde vorziehen würde. Die Antwort der Regierung steht noch aus. Das ist so. Trotzdem möchte ich gerne zu verstehen geben, wir bleiben dran. Es ist auf jeden Fall nicht zufriedenstellend.

Vielleicht noch etwas zum Inhalt, weshalb es überhaupt dazu kommt. Es wurde geschrieben, es ist mit diesen Abflügen ein sehr komplexes System. Ich habe also auch recht gestaunt, wie das funktioniert. Es ist nicht einfach der EuroAirport, der Tower, der sagt, du kannst fliegen, sondern dieser muss zuerst die Flugbewilligungen in Reims bzw. in Langen einholen bzw. der Eurokontrolle in Brüssel. Wenn diese sagt, du kannst ihn loslassen, dann lässt er ihn los und nicht vorher. Wenn es dort schlicht und einfach zu wenig Leute hat, was man uns sagt, überprüfen kann ich das nicht, ich kann nicht hingehen und fragen, wie viele Leute arbeiten bei dir tagsüber und nachts, dann hat man einfach sog. Slots, und in diesen Slots werden die Flüge freigegeben. Wenn das nicht geht, kommt der nächste Slot, den du wieder eine halbe Stunde später anfragen kannst. Das ist auch der Grund, weshalb irgendwelche Lärmkisten um 23.30 oder erst 23.45 Uhr loskommen. Wenn du für einen Slot zwischen 23 und 23.30 Uhr eingibst, ist es halt so, dass du *heure bloquée* hast, denn du gehst weg vom Gate, bis du *heure de piste* hast, geht es 10 bis 15 Minuten, welche anderen Kisten noch auf dem Weg stehen. Erst dann kommst du an die Reihe. Wenn halt erst wieder in einer halben Stunde später, kannst du überhaupt mal trotz bereiter Crew starten. Dann gibt es genau solche Missstände, die wir zum Teil hatten, dass auch nach Mitternacht irgendein Flieger überfliegt. Das ist unschön, das ist misslich und alle dort drüben wussten es haargenau, und das regt mich auf. Das werden wir auch ansprechen müssen, dass es auf diese Weise nicht geht, das ist klar. Man muss einfach ganz klar sein, will man dort etwas ändern. Bis der Ministerialerlass zustande kam, sind x Jahre vergangen. Da waren wir zuvor mit den fünf Jahren noch gut bedient, als wir Gemeindegeschäft hatten. Einfach, dass man das weiss. Insofern, ja, steter Tropfen höhlt den Stein. Aber es benötigt grosse Tropfen und es braucht lange Zeit. Ich hoffe, ich konnte noch ein wenig etwas dazu sagen. Ich hoffe, der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Ich bitte Sie, die Interpellation abzuschreiben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Erneut herzlichen Dank. Ich habe nur eine Ergänzung. Für die Menschen, die hier wohnen, ist es nicht nachvollziehbar, dass sie bezüglich ihres Wohlbefindens nichts, aber auch gar nichts zu sagen haben.

Henry Vogt, Präsident: Ueli Keller, ich frage dich an: Bist du mit der Antwort soweit zufrieden? – Danke schön. Die Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das wird nicht der Fall sein, somit eröffnen wir die Rednerliste.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Vielen Dank. Es ist unüblich, dass ein zweiter Gemeinderat noch spricht, aber in meiner Funktion als Landrat kann ich sagen, dass Morgen der Vorstoss 2021/679 Traktandum 60 im Landrat von Rahel Bänziger behandelt wird. Der heisst: «Aufnahme der politischen Forderung nach einem Nachtflugverbot von 23 bis 6 Uhr in die Eigentümerstrategie des EuroAirports». Als Zweites kann ich sagen, das hat Kollege Philippe Hofmann schon gesagt. Werner Hotz hat am 15. September dieses Jahres den Vorstoss 2022/518 dem Landrat eingereicht, «Nachtstarts am EuroAirport nur bis 22.30 Uhr». Der Grund ist der, der Start ist nicht gleichzusetzen mit dem Flugzeug in der Luft. Also wenn es vom Gate startet, kann es sein, dass es erst eine halbe Stunde später in die Luft steigt. Somit nützt es nichts, wenn er erst um 23 Uhr startet und dann um 23.30 Uhr in der Luft ist. Dies einfach zur Information. Wir Binningen, Allschwil bleiben dran. Wir schauen darauf, dass wir Schritt für Schritt kleine Erfolge verzeichnen können. Wie ihr sehen könnt, die Vorstösse kommen

auch in den Landrat. Und zwar einer morgen und der andere dann wahrscheinlich in zwei, drei Monaten.

Henry Vogt, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gilt diese Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschlossen.

Henry Vogt, Präsident: Traktandum 7, Geschäft 4619 /, Interpellation von Andreas Bärtsch ...
...machen wir das nächste Mal! [Gelächter].
Ich wünsche euch allen einen schönen Abend. Somit ist diese Sitzung abgeschlossen.

ENDE DER SITZUNG 21.05 Uhr